

# Der Wert-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr nichts.  
Vereinigt Alles!**

## Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 II  
Telephon: Amt VII, Nr. 1076.

Inserate pro 3 gespaltene Petitzeile 2 Mk. — Alle Inseraten, Abonnements- und Verbandsgebühren sind an Otto Zehm, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.

### Kollegen, Kolleginnen, vergesst nicht die Arbeitslosenzählung am 12. Juni!

Auflage: 107000 Exemplare

#### Inhalt:

Vorbereitungen zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung. — Demokratie und Gerechtigkeit. (III). — Eine gelbe Unternehmer-Schürze für schwarze Couleur. — Kulturkampf. — Zur Lohnbewegung der Saganer Textilarbeiter und der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften. — Wohlfahrtsvereine in der „Jute“ in Landsberg a. d. Warthe. — Noch etwas aus dem Münsterlande im Elsaß. — Die Fürsorge für Minderjährige. — Kost- und Logiszwang oder Familienanschluß. — Bedeutung der Berufs- und Betriebszählung. — Die Arbeiten des Reichstags. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. — Soziales. — Vereinsgesellschaften. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus Handel und Industrie. — Patent-Recht. — Gerichte. — Mißstände im Textilgewerbe. — Berichte aus Frankreich. — Literatur. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Lorenzliste. — Streiktafel. — Verammlungsstatender. — Anzeigen. — Feuilleton: Fachgewerbliche Rundschau.

#### Vorbereitungen zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Die Generalversammlung des Verbandes in Mühlhausen hat am 24. Mai bekanntlich die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in ihrem Beschlusse beschlossen. Diese Beschlüsse sind in der Nummer 21 des Wert-Arbeiter veröffentlicht worden. Die in Mühlhausen i. Thür. vorgenommene 8. Generalversammlung des Verbandes deutscher Textilarbeiter erkennt an, daß in der Arbeitslosenunterstützung den Gewerkschaften ein geeignetes Mittel zur inneren Befestigung gegeben ist, welches auch dazu bestimmt ist, die ökonomische Lage der Arbeiterschaft insofern zu heben, als diese in Zeiten der Arbeitslosigkeit vor den schlimmsten Folgen derselben geschützt wird.

Die Generalversammlung hält daher diese Unterstützung in Verbindung mit der bereits bestehenden Unterstützung in Krankheitsfällen in Form der Erwerbslosenunterstützung für dringend notwendig.

Da aber das Vorhandensein einer sicheren finanziellen Unterlage die erste Vorbedingung für Einführung der Erwerbslosenunterstützung ist — soll nicht die Aktionsfähigkeit der Organisation darunter leiden —, diese Unterlage zurzeit aber noch nicht gegeben ist, so beschließt die Generalversammlung:

Der Hauptvorstand wird beauftragt, ein Regulativ zur Einführung der Erwerbslosenunterstützung auszuarbeiten, selbiges mit dem Ausschuss und den Gauleitern eingehend durchzuberaten und dann der nächsten Generalversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Mindestens 6 Monate vor Stattfinden der nächsten Generalversammlung ist der gedruckte Entwurf zu veröffentlichen.

Diese Beratung des Hauptvorstandes mit dem Ausschuss und den Gauleitern hat vor kurzem stattgefunden und wurden hierbei die Richtlinien festgelegt, nach welchen die nötigen Erhebungen vorgenommen werden sollen. Man kam dahin überein, an jedem Tage im Sommer und im Winter im ganzen Verbandsgebiete eine Arbeitslosenzählung vorzunehmen. Diese erste Zählung soll nun am 12. Juni 1907, demselben Tage, an welchem die vom Reich vorgenommene Berufs- und Gewerbezahlung stattfindet, vorgenommen werden. Zu diesem Zweck ist folgende Zählkarte angefertigt worden, welche wir zum besseren Verständnis ausgefüllt im Abdruck bringen:

#### Verband deutscher Textilarbeiter.

#### Arbeitslosenzählung am 12. Juni 1907.

Name des Mitgliedes: (Vor- und Nachname muß genau geschrieben werden.) Hermann Mohr.

Wie alt sind Sie? 35 Jahre.

In welcher Filiale oder Mitgliedschaft sind Sie Mitglied? Siederrisch.

In welcher Berufsart sind Sie oder, wenn am Erhebungstage arbeitslos, waren Sie zuletzt beschäftigt? Spinnerei.

Waren Sie am 12. Juni arbeitslos? Ja.

Wann sind Sie arbeitslos? (Datum angeben.) 10. Mai 1907.

Wann waren Sie infolge Krankheit arbeitsunfähig? Ja.

Wann waren Sie infolge Krankheit arbeitsunfähig? (Datum angeben.) 10. Mai 1907.

Unterschrift des Mitgliedes (Wohnort, Vor- und Nachname ist anzugeben.) Hermann Mohr in Siederrisch.

Diese Karten, welche den Ortsverwaltungen zugehen, sind bis zum 12. Juni — aber nur an diesem Tage — von allen Mitgliedern, also auch von denen, die nicht arbeitslos sind, auszufüllen. Die Ortsverwaltungen sind beauftragt, sich für die Zweckmäßigkeit dieser Anordnung zu bemühen. Die Karten sind durch die Ortsverwaltungen zu sammeln. Es darf nicht vorkommen, daß ein Mitglied ein Exemplar der Karten zurückgeschickt wird. Die Orts-

verwaltungen haben rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, daß die Karten alle am 12. Juni von den Mitgliedern abgeholt werden. Man möge es hier ebenso machen wie bei der Berufs- und Gewerbezahlung; man möge rechtzeitig genügend Kollegen bestimmen, welche an dem Tage die Karten einholen. Die Karten sind dann sofort unter Angabe der zurzeit vorhandenen Mitgliederzahl an den Hauptvorstand einzusenden. Die Mitglieder ihrerseits haben die Pflicht, die Karten am 12. Juni auszufüllen. Es ist das eine Arbeit von einigen Minuten. Die Karten sind gegen Abend oder zu der von der Ortsverwaltung festgesetzten Zeit für den Abholer bereit zu halten und wenn ein Mitglied verhindert ist, zu Hause anwesend zu sein, so hat es dafür zu sorgen, daß die Karte zur Ablieferung gelangt. Wir betonen noch einmal, daß es, um ein Mares Wörtchen zu bekommen, notwendig ist, daß die Karte von allen Mitgliedern ausgefüllt wird, daß die Ausfüllung selbst an keinem anderen Tage vorgenommen wird, wie am 12. Juni und daß die Karten an diesem Tage noch von den Mitgliedern eingezogen werden.

#### Demokratie und Gerechtigkeit.

III.

Haben wir in den beiden vorhergehenden Aufsätzen neben allgemeinen Betrachtungen in der Hauptsache das Wesen der demokratischen Verwaltung, dasjenige der demokratischen Verwaltung behandelt, so kommt es uns heute besonders darauf an, die Frage zu unterfragen, in welchem Gebiet, ob zu dem Gebiet der demokratischen Gesetzgebung oder zu demjenigen der demokratischen Verwaltung, die Beschlussfassung über die Durchführung der mit dem Unternehmensamt zu führenden wirtschaftlichen Kämpfe gehört.

Wir sagten schon am Schlusse unseres zweiten Aufsatzes — und wiesen das auch durch zwei Vorbeispiele nach —, daß unter den Mitgliedern die Ansicht besteht, die Beschlussfassung über die Durchführung der wirtschaftlichen Kämpfe sei Sache der Mitglieder, gehöre also in das Gebiet der Gesetzgebung.

Diese Ansicht ist ein Irrtum! Ein Mitglied in das von der Generalversammlung beschlossene Streikreglement würde jene Kollegen eines anderen befehlen.

Der § 28 unserer statutarischen Bestimmungen sagt darüber folgendes:

„Streiks, welche zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, resp. zur Aufrechterhaltung solcher notwendig machen, bedürfen der Genehmigung des Verbandsvorstandes.“

Hier ist also klipp und klar ausgesprochen, daß der Beschluß über den Beginn des Kampfes zu den Obliegenheiten des Verbandsvorstandes, also in das Gebiet der demokratischen Verwaltung gehört.

Der oben bezeichnete Irrtum ist allerdings sehr leicht zu erklären. Dieser Irrtum kommt daher, daß bei der Entscheidung über den Beginn eines Kampfes zwei Fragen in Betracht gezogen werden müssen. Diese beiden Fragen lauten:

- 1. Wollen wir kämpfen?
- 2. Können wir kämpfen?

Wenn man sich diese beiden Fragen bergewärtigt, so schießt man sofort, auf was es bei der Beantwortung dieser Fragen ankommt und wer sie zu beantworten hat. Die Beantwortung der ersten Fragen, ob die Mitglieder im gegebenen Falle kämpfen wollen, ist eine zweifelhafte Sache dieser Mitglieder selbst. Dagegen ist die Beantwortung der zweiten Frage, ob die Mitglieder im dem gegebenen Falle kämpfen können, Sache des Verbandsvorstandes.

Gegenteilige Ansichten sind unzutreffend. Insbesondere ist es unzutreffend, wenn die Unternehmer behaupten, die Führer trieben die Arbeiter zum Streik. Eine solche unwahre Behauptung enthält jetzt wieder der Bericht der Handelskammer in Schweidnitz. Dort wird gesagt, der sozialdemokratische Agitator Fritsch, also unser Gauleiter für Schlesien, habe in einer Textilarbeiterversammlung erklärt:

„Es sei jetzt die richtige Zeit, in Grünberg einen Streik hervorzuheben; denn die Grünberger seien noch zu wenig organisiert, und um sie in die Organisation zu treiben, bedürften sie eines Streiks.“

Es hätte nicht erst der Versicherung des Kollegen Fritsch, daß diese Darstellung unwahr ist, bedurft; die Notiz trägt den Stempel der Lüge an der Stirn. Nein, es ist vollständig Sache der Mitglieder, allein darüber zu entscheiden, ob sie streiken wollen.

Ist über diese Frage entschieden, dann dürfen immer noch keine ausführenden Schritte unternommen werden, sondern nun hat erst der Verbandsvorstand über die die andere Frage zu entscheiden, nämlich darüber, ob in dem gegebenen Falle gestreikt werden kann. Die Beantwortung dieser Frage ist entscheidend für das, was geschehen soll.

Im Streikreglement sind dem Vorstand auch einige Bedingungen vorgeschrieben, die er bei Beantwortung der Frage, ob in dem gegebenen Falle gestreikt werden kann, aber nicht zu beachten hat. Es heißt da in § 28 Abs. 2:

„Die Genehmigung zu einem Angriffsstreik ist abhängig davon, daß von den Beteiligten mindestens 50 Prozent der Arbeitsberechtigten Mitglieder sind.“

Ferner in § 29: „Jede beabsichtigte ArbeitsEinstellung ist dem Verbandsvorstande vorher anzuzeigen. Bei dieser Anzeige ist zugleich darüber zu berichten, in welchem Umfang Arbeit vorhanden ist, welche Lohn- und Arbeitsbedingungen bisher üblich waren und welche gefordert werden. Die Lokalkommission resp. die Beauftragten sind verpflichtet, jede gewünschte Auskunft zu erteilen, weil hieron die Genehmigung des Streiks abhängig ist.“

Sodann kommt noch der § 31 in Betracht, welcher lautet: „Bei gleichzeitiger Meldung mehrerer Streiks finden die Orte zunächst Berücksichtigung, in welchen die Aussichten auf Erfolg die günstigsten resp. die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am schlechtesten sind.“

Diese verbandsgesetzlichen Bestimmungen, welche bei der Beantwortung der Frage, ob gestreikt werden kann, zu berücksichtigen sind, hat nicht der Verbandsvorstand festgesetzt, sondern sie sind festgesetzt worden von der Generalversammlung, damit wenigstens einige Richtlinien für die Verwaltung der Mitgliedsbeiträge gegeben sind. Wären diese Richtlinien nicht vorhanden, dann könnte es der ersten besten Mitgliedsgruppe einfallen, auf Kosten der Meiste und Pflichten der anderen Mitglieder sich Nutzen zu verschaffen. Dem soll durch diese Richtlinien, welche für die Bewilligung von Mitteln aus der allgemeinen Kasse gezogen worden sind, vorgebeugt werden.

Wenn die Bestimmungen nicht gefallen, dem steht es frei, zur nächsten Generalversammlung Änderungsanträge zu stellen; aber vorläufig bestehen sie, und der Vorstand muß sich danach richten. Diese statutarischen Bestimmungen, deren Beachtung Voraussetzung für die Befähigung der Frage ist, ob der geplante Kampf begonnen werden kann, erschöpfen aber noch bei weitem nicht das, was der Vorstand zu erwägen hat, ehe er das Signal zum Kampfe gibt. Gerade die ausschlaggebendste Voraussetzung, die Voraussetzung nämlich, daß zur Zeit das nötige Geld vorhanden ist, um den Kampf führen zu können, ist im Streikreglement gar nicht erwähnt. Es ist zwar in § 41, wo von der gleichzeitigen Meldung mehrerer Streiks die Rede ist, kurz angedeutet worden, daß Fälle eintreten können, wo die Organisation berath in Anspruch genommen worden ist, daß sie neue Ausgaben nicht übernehmen kann.

Aber bei dem bekannten „Eifer“ und der nicht minder bekannten „Genauigkeit“, mit der das Statut von den Mitgliedern „studiert“ wird, ist es nicht weiter verwunderlich, wenn man darüber hinwegsieht.

Die Mitglieder glauben in der Regel, dem Zentralvorstand steht ein Geldvorrat zur Verfügung, aus dem er nur zu schöpfen braucht, wenn es irgendwo im Lande gewünscht wird. Oder aber sie sind der Meinung, daß eben für den einen oder anderen Ort der Vorkessel gefüllt werden müsse. Kann der Vorstand weder das eine noch das andere tun, weil eben beides unmöglich ist, na, dann geht es noch ziemlich glimpflich zu, wenn man den Vorstand der Unfähigkeit beschuldigt, große Kämpfe zu gestalten. In der Regel aber wirft man ja mit ganz anderen Beschuldigungen herum. Sehr häufig kann man hören, daß Mitglieder, denen ein Kampf nicht bewilligt werden konnte, zum Ausdruck bringen, daß diese Nichtbewilligung nur auf eine Niederträchtigkeit des Vorstandes zurückzuführen sei. Ja, in letzter Zeit wird es Mode, daß man dem Vorstande als Motiv für die Ablehnung der Mittel für einen aussichtslosen Kampf die Sorge um sein Gehalt unterschiebt.

Wir können es gewiß verstehen, daß Mitglieder, welche einen Kampf führen wollen, nicht sehr erbaudt sind davon, wenn ihnen der Vorstand zurzeit die Genehmigung nicht geben kann. Wir würden es ihnen auch gar nicht verübeln, falls sie Zweifel in die vom Vorstand für die Ablehnung der Genehmigung angegebenen Gründe setzen sollten, wenn sie bei den dafür zuständigen Instanzen eine Nachprüfung der Gründe verlangen würden; das ist ihr gutes Recht. Aber es ist eine Gemeinheit — man verzeihe uns dieses scharfe Wort —, wenn den Mitgliedern des Zentralverbandes für ihre Entschuldigungen so niedrige Motive unterworfen werden, wie dies in einer Versammlung der Posamentierer in Berlin vor einigen Tagen geschehen ist. Einige Proben davon seien hier angeführt. Ein Redner sagte: „Der Zentralvorstand handelt brutal wie die Unternehmer. Die haben vergessen, was das Arbeiten ist. Die Hauptsache ist: die haben ihr Gehalt.“

Ein anderer Redner — die Namen derselben sind bekannt — sagte: „Man würde sie im Kriege absäbeln. Sie sind schlimmer wie Streikbrecher! Habt Ihr denn kein Gefühl mehr für Eure einstigen Klassenangehörigen, Ihr Herren Bureaukraten? Ihr habt Euch nach unten zu richten. Wenn Ihr selbst am Bestuhl händet, würdet Ihr anders reden, Ihr Bureaukraten! Ihr macht die Sache nur nach dem Geldsack.“

Solche und teilweise noch unflätigere Redensarten wurden von diesen und anderen Rednern den anwesenden Vorstandsmitgliedern Gütlich, Köstlich und Fädel, sowie dem Gauleiter Kollegen Reich entgegen geschleudert. Schließlich verließen diese Kollegen den Saal, da ihnen doch wohl niemand zumuten kann, sich eine solche Behandlung gefallen zu lassen. Wir kommen ja auf den Kampf der Posamentierer in Berlin, der ein Schulbeispiel dafür ist, wie Kämpfe nicht geführt werden sollen, noch besonders zurück. Welchen wollen wir nur hier noch, daß sich die Posamentierer in Berlin mit einer Beschwerde gegen den Vorstand an den Ausschuss gewandt hatten. Der Ausschuss hat sich am Donnerstag, den 28. Mai, mit der Angelegenheit in Gegenwart beider Parteien beschäftigt und ist zu dem einstimmigen Beschlusse gekommen, daß der Vorstand vollständig richtig gehandelt hat. Der Ausschuss hat ferner einstimmig beschlossen, daß



die Parlamentarier wegen ihres Verhaltens in jener Versammlung einen Tadel verdienen. Auch mit der Ansicht einstimmt die Verabsichtigung des Vorstandes, einschlägig gewordenen Kämpfe durch Entziehung der weiteren Unterstützung zu beenden, als zu Recht bestehend anerkannt.

Wir meinen also — um wieder zu unserem eigentlichen Thema zurückzukehren — für den Verbandsvorstand kommen bei der Entscheidung über die Frage, ob der beantragte Kampf geführt werden kann, noch andere Momente mit in Betracht, als wie die Bestimmungen, die im Statut vorsehen sind. Und wenn diejenigen, welche dem Vorstand Bürokratismus vorwerfen, nur einmal an den Verhandlungen des Vorstandes teilnehmen würden, dann würden sie sehen, wie unbedeutend dieser Vorwurf ist. Die Bureaukratie, die Verwaltungen vom grünen Tisch aus, bei der nur alles durch Beamte geregelt wird, ist da ganz und gar nicht etabliert; angesehen davon, daß mehr als die Hälfte der Vorstandsmitglieder selbständige Bureaukratismus, welcher die lebendige Fühlung mit den Arbeitern verloren habe und nicht wisse, was den Arbeitern nützt, kann nur derjenige kommen, der die Dinge nur oberflächlich beachtet und demzufolge nicht weiß, was in der deutschen Textilindustrie alles zu beachten und zu würdigen ist, wenn es sich um die Verantwortung der Frage handelt: können wir den Kampf beginnen oder weiterführen. Gerade hierin liegt eben der fundamentale Unterschied zwischen einem Beschluß über eine innere Organisationsangelegenheit und dem Beschluß über den Beginn eines Kampfes. Könnten wir in der letzten Nummer sagen, daß bei dem Beschluß über die Regelung einer inneren Organisationsangelegenheit, dadurch, daß den Mitgliedern durch das Mittel der demokratischen Gesetzgebung die Möglichkeit gegeben ist, aktiv an der Beschlußfassung teilzunehmen, die größere Wahrscheinlichkeit besteht, daß alle Wünsche, die sich aus der praktischen Erfahrung ergeben haben, berücksichtigt werden, so wird man uns ohne Widerspruch aufstellen, daß bei der Beschlußfassung über den Beginn eines Kampfes, namentlich in der Textilindustrie, die Verhältnisse gerade umgekehrt liegen. Hier wird den Mitgliedern in ihrer großen Mehrzahl jede Möglichkeit abgehen, diese praktischen Erfahrungen zu sammeln. Die Mitglieder kämpfen doch nicht alle direkt, oder halbjährlich; viele, die große Mehrheit hat noch in keinem Kampf teilgenommen. Was können jene Mitglieder davon wissen, was heute im Felde der Unternehmerorganisationen bei einem wirtschaftlichen Kampfe beachtet werden muß. Man kann das ja alle Tage erleben. Nur ein Beispiel aus der letzten Zeit mag hier angeführt werden.

Eines Tages trifft die Nachricht hier ein, in der und der Fabrik streiken die Arbeiter im Streik; sofort herkommen! Eine Genehmigung zu dem Streik hatten diese Arbeiter natürlich nicht, sie hatten auch um keine nachgeholt, sondern hatten einfach gestreikt. Nun fährt ein Mitglied des Zentralvorstandes hin, um zum Streik zu gehen. Er nimmt sich nun einige Arbeiter vor und geht an der Hand unserer Fragebogen, welche von den Kreisverwaltungen, deren Mitglieder in einem Streik treten wollen, ausgefüllt werden müssen, die ganze Situation durch. Da stellt sich ihm heraus, daß auch nicht die geringste Vorbereitung getroffen worden ist. Es sollen nun Verhandlungen mit dem Unternehmer stattfinden; aber nicht die geringste Unterlage dafür war vorhanden. Der Unternehmer hat den Sekretär der Unternehmerorganisation zur Seite, der rückt nun an mit umfangreichem Material über die Verhältnisse in den Konfurrenzbetrieben. Und die Arbeiter? Nun, die stehen da, ohne etwas sagen zu können, denn sie haben es nicht für nötig gehalten, sich bei den Kollegen der Konfurrenzbetriebe ihres Unternehmers nach den dortigen Verhältnissen zu erkundigen; sie glauben vollständig genug getan zu haben, wenn sie die Arbeit niedergelegt. Wahrlich, die Arbeiter machen es den Unternehmern fürchtbar leicht, Siege zu erringen. Und solche Siege könnten wir ja dazwischenwischen anführen. Es gibt wohl kaum eine zweite Industrie, wo bei dem Arrangement von Kämpfen so viel beachtet werden muß, wie in der Textilindustrie. In fast jedem Orte liegen die Verhältnisse anders und ebenso liegen die Verhältnisse in den einzelnen Orten zu verschiedenen Zeitpunkten anders. Dann kommen die vielen Branchen mit und ohne Saisonarbeit.

Außerdem ist bei unseren Kämpfen nicht nur die Konjunktur, nicht nur der Absatzmarkt, sondern auch der Rohstoffmarkt in Betracht zu ziehen. Es kann eine Firma sehr gut beschliffen sein, es mangelt ihr aber an Rohstoff, den sie zurzeit sehr teuer bezahlen muß; da kommt es ihr schließlich gar nicht unangelegentlich, wenn die Arbeiter streiken und sie den Betrieb einige Wochen stilllegen kann. Inzwischen kann sie vielleicht einen günstigen Zeitpunkt zur Rohstoffbeschaffung abwarten. Kurzum, es sind sehr hohe Anforderungen, welche an die Intelligenz unserer Verbandsleiter gestellt werden müssen, um in solchen kritischen Situationen das Richtige zu treffen.

Und da kommt man und verlangt, daß in solchen kritischen Situationen die Mitglieder der einzelnen Orte, welche gar keine Möglichkeit haben, all das zur Durchföhrung der Kämpfe erforderliche Erfahrungsmaterial zu sammeln, das entscheidende Wort haben

sollen! Nun, wenn man die Organisation in vier Wochen zugrunde gerichtet haben will, dann sanktioniere man dieses Verhalten.

Ein Verbandsvorstand ist dann natürlich überflüssig, denn dann herrscht nicht mehr die Demokratie, sondern die Anarchie. Jede Ortsgruppe, die streiken will, beschließt dann entsprechend, und nun, Kaffierer, als Geld heraus — nota bene, so lang noch etwas in der Kasse ist. Lange würde es ja bei einer solchen Wirtschaft nicht dauern, dann wäre die Kasse leer, und dann natürlich wäre auch die Organisation dahin. Man sieht also, wie verhängnisvoll ein solches Verhalten für die Textilarbeiter wäre.

Nun, vorläufig hat es ja auch noch gute Weile, ehe ein solcher unsinniger Beschluß zur Annahme kommen könnte. Die gesunde Vernunft beherrscht denn doch in unserem Verbandssoziale Mitglieder, daß solche falschen Ansichten keine Aussicht auf Verbreitung haben. Aber trotzdem war es notwendig, einmal die Dinge recht gründlich zu beleuchten, damit jenen Schreibern einmal Nargemacht wird, was für ein schändliches Spiel sie treiben.

Bei der Beschlußfassung über die Frage, ob im gegebenen Falle ein Kampf geführt oder weiter geführt werden kann, werden diejenigen Mitglieder, welche sich gewissermaßen berufsmäßig mit der Führung von Kämpfen befassen müssen, die Möglichkeit der Durchführung besser abwägen können, wie diejenigen Mitglieder, welche in Arbeit stehen und deshalb weder Zeit noch Gelegenheit haben, alles das fortlaufend zu beobachten, was heute bei der Führung von wirtschaftlichen Kämpfen zu beachten notwendig ist.

Und sollte es dann vorkommen, daß der einen oder anderen Mitgliedergruppe ein Kampf abgelehnt werden muß, weil aus irgendwelchen Gründen der Kampf zurzeit nicht geführt werden kann, und sollte jene Mitgliedergruppe berechnigte Ursache haben, zu glauben, ihr Antrag sei nicht gewürdigt worden, oder die Ablehnungsgründe seien nicht stichhaltig, nun dann lasse sie ruhig die Sache durch den Ausschuss nachprüfen, damit jedem sein Recht werde.

Aber dieser Zustand muß aufhören, der in letzter Zeit eingerissen ist und schließlich sich in einer so abstoßenden Art äußerte, wie wir das hier mehrfach erwähnt haben.

Somit darf es nicht kommen, daß sich die Mitglieder einer Organisation nicht mehr kollegial behandeln.

In einem weiteren Kreise gilt es, die Frage des organisatorischen Gesamtinteresses aufzurufen, um zu zeigen, daß der Verbandsvorstand bei der Beschlußfassung noch einen sehr wichtigen Gegenstand im Auge behalten, und zwar in erster Linie im Auge behalten muß, und das ist die Schaffung einer möglichst großen Aktionsfähigkeit des Verbandes.

### Eine gelbe Unternehmerschutztruppe schwarzer Couleur.

Motto: „Der Zweck heiligt die Mittel.“

Es war mir bisher noch nicht recht klar, weshalb uns Katholiken eigentlich vorgeworfen wurde (nicht nur die Jesuiten, sondern die Katholiken überhaupt), wir huldigen meistens diesem Grundsatz. Seit ich aber durch meine Berufstätigkeit gezwungen bin, den Worten des Sulzbachlers und die „Reunkidener Zeitung“ zu lesen, ist mir das klar geworden. Welches sind nämlich katholische Zeitungen, die in der Gewerkschaftsfrage den „Deutlichen“ Standpunkt einnehmen. Weil nun die „Deutlichen“ etwas ganz „besonders katholisch“ ist, nennt der Weltkamm und die genannten Zeitungen auch wohl „Aberkatholische“. Sie huldigen, wenn es gegen die christlichen Gewerkschaften geht, dem Grundsatz: „Der Zweck heiligt die Mittel.“ Keine Frage ist so klar, als daß sie nicht in den Spalten der beiden Blätter Aufnahme finden.“ (Christlicher Gewerkschaftssekretär Schöler in der „Saarpost“.)

Als Schmeißfliegen der kapitalistischen Ausbeuter, die überall zur Stelle ist, wo das Unternehmertum seine brutale Macht zur Unterjochung der Arbeiterschaft entfaltet und die deshalb dort zur Stelle ist, um ihre Bruleter der Zerführung in die Reihen der organisierten Arbeiterschaft zu tragen, damit der Ausbeuter der Arbeiter die Unterjochung derselben um so leichter gemacht wird, war ja der Verband der katholischen Arbeitervereine eine (Sitz Berlin) schon hinreichend bekannt. Es war bekannt, daß diese „Spottgeburt aus Dred und Feuer“, wie dieser Verband von der „Augewerkschaft“, dem Fachblatt der „Christlichen“ Bauhandwerker bezeichnet wurde, nicht deshalb ins Leben gerufen worden war, um die Existenz der katholischen Arbeiter mit Hilfe des Koalitionsrechts gegenüber der brutalen Machtanwendung des Unternehmertums zu schützen, sondern daß sie ins Leben gerufen worden war, um die Ar-

better in Scheinorganisationen von der Benutzung des Koalitionsrechtes abzuhalten. Das Unternehmertum sieht durch den stetig wachsenden Umfang der Arbeiterorganisationen den Augenblick herannahen, wo ein so großer Prozentsatz der Arbeiter der einzelnen Betriebe in den Organisationen vereinigt ist, daß man die Gleichberechtigung der Arbeiter im Arbeitsverhältnis anerkennen und den brutalen „Gerr-in-Gaule-Dünkel“ an den Nagel hängen muß. Aber noch eins, das Unternehmertum, gleichviel welcher Religion oder Parteistellung es angehört, weiß, daß die Arbeiter durch ihren Eintritt in die Reihen der Gewerkschaften die Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen selbst in die Hand nehmen und dabei, soweit sie sich bisher noch im politischen Jahresschleife der bürgerlichen Parteien befunden haben, sehr bald zu der Ueberzeugung kommen, daß ihre wirtschaftlichen Interessen von diesen bürgerlichen Parteien nicht nur nicht vertreten, sondern direkt geschädigt werden. Die Arbeiter, welche sich erst einmal mit ihrer wirtschaftlichen Lage ernstlich beschäftigen, kommen mit Naturnotwendigkeit zur Erkenntnis ihrer Klassenlage und damit auch zur Aufgabe der Gewerkschaft jener bürgerlichen Parteien.

Namentlich die Zentrumspartei hat zu befürchten, daß, wenn sich die Arbeiter in der gedachten Weise organisieren, ihre Interessen, vollstündlich, durch den Lebensmittelmacher die Arbeiterklasse schwer schädigende Wirtschaftspolitik erkannt wird, so daß die Arbeitermassen sich von ihr abwenden und dadurch bei der Reichstagswahl zahlreiche Wahlkreise für sie verloren gehen. Dieses Doppelinteresse der Unternehmer hat es bewirkt, daß man Organisationen der Arbeiter ins Leben rief, welche unter die Vormundschaft einflussreicher Personen gestellt und durch diese bevormundet und von jeder selbständigen Handlung abgehalten wurden.

Eine solche Organisation ist der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin). Die Arbeiter dieser Vereine stehen ausschließlich unter der Bevormundung der Geistlichen. Diese Bevormundung ist der Hauptbestand der Vereine, und nächst dem ist es der Beruf dieser Vereine, bei Lohnkämpfen den organisierten Arbeitern in den Rücken zu fallen und die organisierten Arbeiter zu verleumden.

Es ist hierbei nicht uninteressant, einmal zu zeigen, welche Auffassungen über die Anknüpfung des Koalitionsrechtes, durch die Bevormundung der Arbeiter, bei dem Unternehmertum vorhanden sind.

Im Jahre 1898 fand in Leipzig ein Kongreß der Schwarzarbeiter statt, auf welchem man sich recht eingehend mit dieser Frage beschäftigte. In dem Schlusswort zu jenen Kongreßverhandlungen wurde in reizender Weise ausgesprochen, wie von den Herren mit dem großen Goldbeutel die katholischen Arbeitervereine und ähnliche Gründungen aufgefaßt werden.

Es heißt da wörtlich: „Unter Anerkennung des Koalitionsrechtes wird der Kampf also von allen Arbeitgebern geführt; deutlich sind dabei aber zwei Richtungen zu unterscheiden. Die eine sucht die Arbeiter von der Benutzung des Koalitionsrechtes abzuhalten, die andere bereitet darauf und tritt der Sozialdemokratie in offenem Kampfe entgegen. Die erste Methode beruht auf der traditionellen Bevormundung der Arbeiter durch ihre Arbeitgeber und bedingt für ihre Geistes- die selbstverständliche Voraussetzung, daß sich die Arbeiter weiter bevormunden lassen.“

In der Tat findet man bei derartigen Arbeitern noch in katholischen und ähnlichen Gegenden, wo sich die Unterwerfung gegen Geistlichkeit und Gutsherrschaft erhalten hat. In diesen Bezirken werden die Arbeiter durch die gewohnte Bevormundung noch vielfach von der Benutzung des Koalitionsrechtes abgehalten, weshalb auch die Bevormundungsmethode bei den dortigen Arbeitgebern in hohem Maße sich“.

Sie ist also zum Ausbruch gebracht worden; auf welche Weise die Arbeiter um ihr Koalitionsrecht betrogen werden können. Und daß sich der Verband der katholischen Arbeitervereine diesen Betrug der Arbeiter zum Prinzip erklären hat, das wird und steht in einem Flugblatt dieses Verbandes, welches kürzlich unter den Textilarbeitern des Ostpreussens verbreitet wurde, schwarz auf weiß gedruckt. Das Flugblatt ist eine echt jesuitische, verlogene Subtilität; eine Subtilität, welche nach der Methode verfaßt wurde, welche den christlichen Gewerkschaftssekretär Schöler zu dem Eingange angeführten Stoffeuses über den jesuitischen Grundsatz: „Der Zweck heiligt die Mittel.“ veranlaßte.

Es beschäftigt sich mit der beabsichtigten Bewegung der Textilarbeiter im Ostpreussen und fordert da eine Konfusion zuzuge, die zum Götterbarren ist. Vermittels der nötigen Entstellung der Tatsachen wird unserer Organisation zunächst ein Strich gebreitet, darauf, daß sie es unter den gegebenen Verhältnissen nicht dazu kommen ließ, daß die Unternehmer ihr Mitleiden an den Arbeitern fühlen konnten. Und gleich dahinter heißt es dann:

„Könnte es anders kommen? Nein! Wie die Dinge sich heute entwickelt haben, ist es unmöglich, daß der Arbeiter durch

### Fachgewerbliche Rundschau.

**Woolwollenverbrauch und -Ausfuhr der wichtigsten Länder.**

In dem vom amerikanischen Zensusbureau herausgegebenen Bulletin Nr. 63 betreffend die Wollwollvorräte in den Vereinigten Staaten ist in einem Anhange eine Statistik des Wollwollenverbrauches und Wollwollenhandels der ganzen Erde aufgemacht. Danach betrug 1905/1906

	Zahl der Wollwollspindeln	Verbrauch der Wollwollspinnereien in Mill. Kilogr.	Wert der Ausfuhr an Wollwollwaren in Mill. Mark
Großbritannien, Irland	48 620 144	876,5	1 980
Vereinigte Staaten von Amerika	25 260 000	1 110	222,5
Deutschland	9 780 200	308,5	420
Frankreich	7 000 000	227	47,8
Österreich-Ungarn	6 702 800	208	177
Italien	6 621 280	170	41,1
Spanien	3 500 000	180	81,7
China	1 800 000	72,4	31,0
Japan	1 402 752	21,5	15,4
Belgien	1 129 000	48	44,1
Portugal	850 000	13,6	6,8
Die anderen europäisch. Länder	1 115 000	45,2	—
Indien	8 250 000	344	187
Brasilien	1 408 740	187	98,1
China	619 648	40	—
Brasilien	788 800	80,5	—
Mexiko	628 000	84	—
Canada	775 000	27	4,85
Die übrigen Länder	200 000	13,6	—
<b>Insgesamt:</b>	<b>120 000 506</b>	<b>4 068,8</b>	<b>—</b>

Unter den oben nicht genannten Ländern sind noch die Niederlande mit einer Ausfuhr von 92,5 Millionen Mark an Wollwollwaren zu nennen. Die Werte der Ausfuhr für die einzelnen Länder sind die leichtesten, für alle Länder zwischen 1904 und 1906 liegend. Das Mitteljahr ist das Durchschnittsjahr der Verzweigung der Wollwollspinnereien in den Vereinigten Staaten von Amerika den ersten Rang ein; dann folgen die vereinigten Königreiche Großbritannien und Irland und erst in letztem Ränge Deutschland, Brasilien, Indien, Japan,

Frankreich usw. Die Ausfuhr an Wollwollwaren wird bei weitem am stärksten von Großbritannien und Irland betrieben. Da der Gesamtbestand in der Ausfuhr Großbritanniens 8810,5 Millionen Mark (1905) betrug, nimmt die Ausfuhr an Wollwollwaren davon allein 22,7 Proz. ein. In weitem Abstande davon folgt Deutschland mit 420 Millionen Mark Ausfuhr an Wollwollwaren, womit es aber alle anderen Länder noch weit übertrifft.

Die Wollmarkt in London ist nun beendet. Von den ausgetretenen 162 000 Ballen wurden 147 000 Ballen verkauft. Das die Preise betriffend, so ist zu bemerken, daß, obgleich die Eröffnung der Auktion mit 5 Proz. niedrigeren Preisen einfiel, diese am Schlusse für Austral- und Kapmerino-Wolle sowie für mittlere und grobe Kreuzungen wieder bis 5 Proz. in die Höhe gingen; nur seine Kreuzungen blieben unverändert.

Aus Kleiderstoff-Fabrikantenkreisen wird dem „Confec-tional“ dazu geschrieben:

„Es ist also vorläufig und wahrscheinlich für das ganze Jahr an billigeren Wolpreisen nicht zu denken. Die Mehrproduktion von Australien beträgt circa 220 000 Ballen (1 Ballen = 200 Kg.) = 44 Millionen Kg., das größte, jemals dagewesene Quantum. Dieser Mehrproduktion ist eine Abnahme der südamerikanischen Wolle von circa 40 000 Ballen (1 Ballen = 200 Kg.) = 8 Millionen Kg. gegenüber. Es wird also eine Mehrproduktion von 26 Millionen Kg. erwartet. Diese Mehrproduktion wird nach Ansicht der Spinner verbraucht werden, da der Konsum bedeutend gestiegen ist, so daß die Spinnereien für drittes, mehrere teilweise für viertes Quartal ausverkauft sind.“

Es ist wirklich geradezu eine Salamitaktik, welche bezüglich der Rohstoffversorgung auch in der Wollindustrie herrscht. Namentlich von den Herrenstoff-Industriellen wird über empfindlichen Warenmarkt für Winterstoffe geklagt.

Wie aus Elberfeld berichtet wird, sollen feine Wollen 75 bis 101 Mt., gegen 65 bis 90 Mt. pro 100 Pfund im Vorjahre. Und das trotzdem die australische Wollausfuhr in den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres beträchtlich gestiegen ist. Wie von authentischer Seite aus Melbourne berichtet wird, wurden in dieser Zeit aus Australien 1 550 000 und aus Neu-Seeland 888 000 Ballen Wolle exportiert, was im ganzen eine Mehrausfuhr von 218 000 Ballen gegen die gleiche Periode des Vorjahres bedeutet. Nach diesem bereits jetzt erzielten Erfolge der Produktion dieses Jahres ein Rekordjahr der australischen Wollausfuhr zu werden, da Experten die Gesamtausfuhr des Jahres 1906/07 auf 109 000 Ballen mehr schätzen als in früheren Jahren.

Wollmarktberichte in München. Salz- und Kappländer, sowie Ostindien (Siam), welche Händler sind als 25 Centimeter, gelten als Baumwolle und unterliegen einem Zollsaße von 2 Rei-

pro Kilogramm, die breiteren dagegen als Gewebe. Wenn sie in fertigen Stücken oder in Metern, jedoch mit deutlich angebrachten Markzeichen zur Unterzeichnung der einzelnen Stücke zur Verzollung gelangen, so ist außerdem die Summe der Artikel 405a oder b, das heißt 80 Proz. respektive 100 Proz. des gemittelten Zolles, je nachdem sie gefärbt sind oder nicht, anzunehmen.

Eine permanente Textil-Ausstellung in Rußland. Die russische Gesellschaft zur Förderung der Textilindustrie beschließt, in den Räumen des Polytechnischen Vereinsgebäudes in Moskau (Mar-negskaja, Mari tonenka Herosulof) eine permanente Ausstellung von Webstoffmustern für die Textilindustrie, Stoffmustern, Preislisten aller Arten Textilmaschinen usw. zu errichten. An diese Ausstellung soll sich ein Museum anschließen, in welcher Stoffproben von Wollen, Baumwolle, Seinen und Seidenwaren russischer sowie auch ausländischer Provenienz zur Schau gestellt werden. Beschließene deutsche Firmen haben ihre Beteiligung bereits zugesagt. Der Preis pro Platz ist auf 200 Rubel pro Jahr festgesetzt. Nähere Auskunft erteilt Herr M. Roulin, Sekretär der Gesellschaft zur Förderung der Textilindustrie in Rußland in Moskau, Place Rouge, Comptoir Sapozhnikow.

Fusion der Thüringer Wollgarnspinnerei in Langensalza mit der Leipziger Strickgarnspinnerei in Leipzig. Vorbehaltlich der Genehmigung der beiderseitigen Generalversammlungen ist zwischen den obengenannten Gesellschaften ein Fusionvertrag zustande gekommen, und zwar geht unter Ausschluß der Liquidation das Vermögen der Leipziger Strickgarnspinnerei vom 1. Januar 1907 als Ganzes auf die Thüringer Wollgarnspinnerei über gegen Gewährung von 1120 Stück neuen, ab 1. Juli 1907 dividendenberechtigten Aktien dieser Gesellschaft im Gesamtnominallbetrage von 1 200 000 Mk. Die Thüringer Wollgarnspinnerei erhöht zu diesem Zweck ihre gegenwärtig 1,5 Millionen Mark betragendes Aktienkapital um 1,2 Millionen Mark.

Bauhäuser für einzelne Branchen der Textilindustrie werden in den Ausbreitungsgebieten dieser Branchen gebaut. In Arnha-burg-Wurzholz im Regierungsbezirk Magdeburg wird eine Wolle- und Induetrie-fabrik gebaut. Die Stadtverordnetenversammlung in Annaberg-Barnim hat dazu 77 000 Mk.; die Gesamtkosten belaufen sich auf 200 000 Mk. — In Plauen im Vogtlande soll eine Stickerei-fabrikale gebaut werden. Das Gebäude kommt an die Brüder-Gesellschaft zu stehen.

Arbeiterinnenseitige für alleinstehende, vornehmlich ausländische Textilarbeiterinnen werden von der Stadt Magdeburg angekündigt; um auf diese Weise dem Arbeitsmangel abzuwehren. Davon bereits mit einem Kostenaufwand von 180 000 Mk. gebaut. Die jetzt seiner Bestimmung übergeben worden. Aufnahme finden dort 20, später 20 Arbeiterinnen. Der Baubeginn ist auf



den wirtschaftlichen Machtkampf seine Rechte dauernd sichern kann. Dieser Machtkampf, wie ihn die im sozialistischen Fahrwasser schwimmenden sogenannten freien Gewerkschaften lehren, bewirkt vielmehr nur im beschleunigten Tempo die Unterjochung der arbeitenden Klassen (also doch Klassen. D. Red. des „L.“) unter die Hebermacht des vereinigten Kapitals.

Welch widersprechender Unsinn! Wo hat denn im Sülzengebirge ein Kampf stattgefunden; ein Machtkampf, durch den die arbeitenden Klassen in beschleunigtem Tempo unter die Hebermacht des vereinigten Kapitals unterjocht worden wären? Gewiß, diese Absicht bestand; aber sie bestand nicht bei der Organisation der Arbeiter, sondern bei derjenigen der Unternehmer. Wenn nun die Leiter der Organisation diese Absicht der Unternehmer durchkreuzten, dann handelten sie doch gerade im Interesse der Arbeiter, denn dadurch bewirkten sie eben, daß der von den Unternehmern gewollte Machtkampf verhindert und damit auch verhindert wurde, daß die Arbeiter im beschleunigten Tempo von der Hebermacht des vereinigten Kapitals unterjocht werden konnten.

Diese Verhinderung der Unterjochung ist wohl auch nur der Kern dieser schwarzen Schutztruppe der Unternehmer. Sie hätte es recht gern gesehen, wenn dieser Machtkampf zum Austrag gekommen und die Arbeiter an die Wand gedrückt worden wären; dann würde sie erst ein Geschrei hören. Aber diesen Gefallen werden wir der schwarzen Gesellschaft niemals erweisen. Der Tag der Abrechnung mit den Unternehmern wird schon noch kommen! Vorläufig gilt es die vorhandenen Kräfte geschickt zu benutzen, um soweit wie möglich die gegenwärtige Geschäftslage für die Gesamtorganisation auszunutzen und Vorkehrung zur Abwehr für spätere Zeiten zu treffen.

Das natürlich ist den traurigen Ansehenslosen des Kapitals ein Greuel. Sie erkennen sich ihrer Mission, die Arbeiter zu willenlosen Sklaven zu erniedrigen und darum werden die gewagtesten Taten der Entstellung produziert, um die Arbeiterhaft kopfschütten und wehrlos zu machen.

Den Führern der organisierten Arbeiter wird der Vorwurf gemacht, daß sie es den Arbeitern nicht von vornherein gesagt haben, daß das Herrenlager noch stärker gewesen sei, wie das Arbeiterlager.

Dieser Vorwurf kennzeichnet so richtig die Unfähigkeit und Dummheit der Fachverbändler. Die Führer der Arbeiter sollten sich also zu Beginn der Bewegung hinstellen und sagen: Arbeiter, paßt nur ruhig eure Wünsche wieder zusammen und versucht nicht erst zu prüfen und zu wagen, ob ihr stark genug seid, die Stellung der Gegner zu erschüttern. Was wäre denn die Folge gewesen, wenn die Leiter der Organisation von vornherein vor dem Gegner die schwachen Positionen der Arbeiterstellung diskulteriert hätten? Sie hätten dadurch den Arbeitern nicht nur nichts genützt, sondern ihnen enorm geschadet, denn sie hätten dadurch dem Gegner die Stellung der Arbeiter verraten und den Unternehmern nur die Möglichkeit geliefert, ihre brutale Macht noch viel rücksichtsloser wirken zu lassen.

Wer allerdings, wie das bei den katholischen Streikbrecherbereinen geschieht, den Arbeiterverrat professionell betreibt, der muß natürlich in dem Verhalten der Organisationsleiter einen Vorwurf begründen können.

Wenn aber im Kriege ein Offizier das tun würde, was nicht getan zu haben unseren Führern von den schwarzen Streikbrecherleitern zum Vorwurf gemacht wird, d. h. wenn ein Offizier in einer Weise, die seinem Gegner nicht verborgen bleiben kann, die Schwächen seiner Stellung erdrienen würde, so würde man ihn einfach wegen Verrats von Kriegsgeheimnissen standrechtlich erschießen. Es könnte auch wirklich keine größere Dummheit geben, wie diejenige, welche hier die Fachverbändler für angebracht halten.

Doch diese Dummheit ist nicht etwa die einzige Herbe der schwarzen Streikbrecherlogik. O nein! Die Herrschaften scheinen sogar die Verteilung dieser Sabel auf dem Wege der Submissio vergeben zu haben, und allem Unseln nach hat derjenige den Zuschlag für die Verteilung erhalten, dessen Angebot erkennen ließ, daß er in möglichst wenig Zeilen möglichst viele Dummheiten hineinschreiben kann. Denn gleich hinter dem eben besprochenen Vorwurf, daß die Führer der Organisation nicht von vornherein erklärt haben, hier sei nichts zu machen, heißt es weiter:

„Und warum haben sie es vorher verschwiegen? Diese Frage beantwortet Euch zunächst Webel (11). (Erster Parteitag 1891.) (11) D. Red. d. „L.“. „Es handelt sich, so sagte er (Webel) zunächst nicht darum, ob wir dieses oder jenes erreichen, für uns Sozialdemokraten ist die Hauptsache, daß wir gewisse Forderungen stellen, die kein anderer stellen kann.“

Läßt sich wohl eine halbbröcherische Logik denken wie diejenige, welche sich hier breitmacht?

80 Pf. pro Tag bemessen worden, und wird dafür neben Wohnung; Morgenkaffee, Mittag- und Abendessen gewährt. Solange uns nicht die Hausordnung dieser „Heime“ bekannt ist, wollen wir uns hüten, in den allgemeinen Lobgesang der bürgerlichen Presse einzustimmen.

Kam bis sechs Mark pro Arbeiter, nicht etwa an Lohn pro Tag, sondern für Vermittlung von Arbeitern, die mindestens sechs Wochen in der Beschäftigung auszuhalten, wird nach dem „Confectionair“ von den Fabrikanten der Samt- und Seidenwebereien in Süchteln gezahlt. Der Bericht sagt dann:

Allmählich werden somit die Arbeiter, die sich auswärts Beschäftigung gesucht hatten, in Süchteln, Biersen, M.-Alsbach, Dillen, Lobberich, Geerath, Debl, St. Rönis, wieder am Orte bleiben können, statt den beschwerlichen Weg zur fremden Arbeitsstätte nehmen zu müssen. Diese Zahl der auswärts beschäftigten Arbeiter ist sehr groß. Man schätzt sie auf 7-800.“

Es ist nur schade, daß der Bericht nicht auch sagt, warum die 7-800 Arbeiter aus Süchteln, verdrängt auf die Arbeit in den Samt- und Seidenwebereien in Süchteln, erst in den auswärtsigen Orten Arbeit gesucht haben? Die Weibheit trauen wir ihnen doch nicht zu, daß dies lediglich geschah, um bei ihrer Wiederanwerbung den Unternehmern 4000-5000 Pf. an Vermittlungsgebühren abzunehmen. Die Bemerkung von der sechsmonatlichen Arbeitszeit, die der vermittelte Arbeiter absolvieren muß, ehe der Vermittler seine Vermittlergebühr bekommt, läßt uns ahnen, wie wenig verlockend es für einen Arbeiter sein mag, den Herren Samt- und Seidenfabrikanten Süchteln die Vermögen zu verbleiben.

212 948 Mk. Reingewinn erzielte die Gausmannsche Spinn- und Weberei Akt.-Ges. in Logelbach bei Solmar. Diese Summe wurde folgendermaßen verteilt: 6 Proz. Dividende = 60 000 Mk.; Dividendenreserve = 60 000 Mk.; Dispositionsfonds = 42 227 Mk.; Kapitalem = 40 742 Mk. Der Rest wurde vorgetragen. Interessant ist noch, daß die Gesellschaft sich bereits eine Dividendenreserve von 81 000 Mk. gesammelt hat. Außerdem befinden sich von dem Reinertrag der Arbeiter noch 265 299 Mk. im Dispositionsfonds und 500 000 Mk. im Reservefonds. Und für die Arbeiter? —

Neue Wollweberei. Die Weberei H. G. u. G. in G. Labach hat am 1. März d. J. in M.-Alsbach-Land ein Grundstück von zehn Morgen erworben, um dort ein größeres Unternehmen der Wollweberei zu errichten.

Webel hat also schon im Jahre 1891, also vor 16 Jahren, eine Frage beantwortet, welche im Jahre 1907, also 16 Jahre später, aufgeworfen wurde!

Die Verfassung dieser Verrücktheit sollten schleunigst Erfindungen einziehen, ob in Dalsdorf noch einige Plätze frei sind, denn wir befürchten, daß sie der unheilbaren Verblöschung anheimfallen werden.

Nur wie niedrig muß diese arbeitserfindliche Gesellschaft die schließlichen Textilarbeiter einschätzen, wenn sie glaubt, ihnen solchen Wahnvorstellungen vorsehen zu können.

Aber einen Vorzug hat diese fanatische Verblöschung doch, sie läßt uns wenigstens einen Blick werfen in das innerste Herzenskammerlein dieser Verrücktergesellschaft.

Hört Ihr's, Ihr schließlichen Textilarbeiter und -arbeiterinnen? Die mehr wie beschriebene Forderung von 15 Pf. mehr Lohn pro Tag, welche später auf 10 Pf. ermäßigt wurde, wird von den katholischen Fachvereinen als eine so hohe Forderung bezeichnet, daß sie sich zur Stellung einer so hohen Forderung nicht herbeilassen können! Zehn deutsche Reichspfennige mehr pro Tag eine zu hohe Forderung! Das ist ein köstliches Zugeständnis, welches unseren Kollegen bei der Ausrottung dieser schwarzen Schädlinge vorzuziehen ist.

Und diese traurige Gesellschaft, diese Handlanger der schlimmsten und unmenslichsten Ausbeuter einer so sehr bedauernswerten Arbeiterschaft haben die dreiste Sitten, sich mit nachfolgendem Anruf an die schließlichen Textilarbeiter zu richten: „Kollegen und Kolleginnen!“

Wollt Ihr diesem schmachtvollen Treiben noch länger zusehen? Wollt Ihr noch länger einer Organisation angehören, welche Euch systematisch zur Lüge erzieht, die Euch wissenlich in das Reich der vereinigten Kapitalisten treibt, die Euch als nicht denksfähig bezeichnen, Euren Glauben schmälern? Nicht! Dann heraus aus jenen Organisationen, heraus aus dem Deutschen Textilarbeiterverbande!

Ihr habt die Ausichtslosigkeit des Streiksystems am eigenen Leibe erfahren. Tausende Eurer Massengenosse haben eingesehen, daß es sich bei den Konflikten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern um Rechtsfragen handelt, die nicht durch das Faustrecht der wirtschaftlichen Machtkämpfe gelöst werden können, sondern einzig (?) und allein (?) auf dem Wege der Gesetzgebung und der Rechtspflege.

Und zur Lösung dieser Rechtsfragen sollen sich die katholischen Arbeiter — denn nur solche werden aufgenommen — dem Verbande der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin), d. h. den Vereinen der Zentrumspartei, anschließen, in denen sie unter der Leitung der Pfarrer und Kapläne aufgestellt werden, um die selbständige Bewegung aufzugeben und auf den Gebrauch des Rechtsmittels endgültig zu verzichten.

Die schließlichen Textilarbeiter verbleiben tatsächlich mit Stoppionen geschnitten zu werden, wenn sie diesen verlogenen Demagogien nicht gründlich das Handwerk legen wollen.

Wir können ja heute nicht mehr auf die Einzelheiten des in diesem Anruf enthaltenen Schwunders und der hohlesten Phrasen eingehen. Aber wir werden den Versuch zu einem Tänzchen aufspielen, wonach es unseren Kollegen draußen ein leichtes sein wird, dieser giftigen Ratter den Kopf zu zertrümmern.

Wenn sich die Arbeiter einzig und allein auf den Weg der Gesetzgebung und der Rechtspflege verlassen wollten, der von den ultramontanen Protobrotern, in deren Fahrwasser die Fachverbändler herumplätschern, eingehalten wird, dann wären sie auf ewig verloren. Wir haben ja schon solche Länder, in denen die Arbeiterschaft sich einzig und allein auf diesen Weg begibt hat. Und wie sieht es dort in bezug auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter aus? Welchen wir nur einmal Spanien heraus. Mit den Verhältnissen in Spanien beschäftigte sich vor kurzer Zeit die „Allnische Volkszeitung“, eins der führenden ultramontanen Blätter in Deutschland. Und dieses Blatt, welches doch wohl gewiß über den Verdacht erhaben ist, zu ungunsten des herrschenden Militarismus zu schreiben, machte folgende Ausführungen:

„Das Unglück Spaniens ist seine wirtschaftliche Verelendung; das einst so blühende Land ist mehr und mehr heruntergekommen.“

Der Hunger ist in dem Lande der goldenen Orangen ein ständiger Gast; Hungerevellen sind dort, wie in den verelendeten Teilen Süditaliens an der Tagesordnung.

Die Kirche, die so viel Einfluss in Spanien hat, hätte diesen Einfluss in weit stärkerer Weise für die wirtschaftliche und soziale Befreiung des Landes einsetzen müssen. Welche kirchliche Kreise haben viel zu sehr in den Erinnerungen der Vergangenheit gelehrt, anstatt offenen Auges die Bedürfnisse der Zeit zu erkennen und dem Volke auch in seinen wirtschaftlichen Nöten nach Möglichkeit Ratgeber und Helfer zu sein.“

Wir meinen, diese hier geschilderten Spuren des von den katholischen Fachvereinen empfohlenen Weges sprechen wohl genügend, um jeden Arbeiter, der auf sein und seiner Familie Wohl bedacht ist, zu veranlassen, diese treulose Gesellschaft zu fliehen wie das Feuer.

Wir sehen es ja auch in Deutschland, wie es diese Fingerringe mit den Arbeitern machen, wo sie die Macht dazu haben.

Der „Christliche Vorkämpfer“ selbst mußte ja vor kurzem zugestehen, daß das fromme Zentrum auf dem Wege der Gesetzgebung den Vergarbeitern nur „Steine statt Brot“ gegeben habe.

Diese Aufforderung der katholischen Fachverbändler, auf das Koalitionsrecht zu verzichten und sich einzig und allein auf den Weg der Gesetzgebung zu verlassen, hat nur den Zweck, die Arbeiter gegenüber dem Unternehmertum wehrlos zu machen und sie von der Erkenntnis ihrer wirtschaftlichen Lage fernzuhalten, damit sie von der Zentrumspartei noch länger als Stimmvieh bei den Reichstagswahlen benutzt werden können.

Dazu aber werden und können sich die schließlichen Textilarbeiter nicht mehr gebrauchen lassen.

Die Wirkungen der Steuerkräube, deren rücksichtsloses Anziehen die Arbeiter in erster Linie der Zentrumspartei verdanken, jene Wirkungen, die gerade jetzt recht schmerzhaft werden, muß den letzten schließlichen Textilarbeiter auf die Weite bringen, um dem Verband der katholischen Arbeitervereine, dieser schwarzen Schutztruppe der Reaktion, den Garau zu machen.

Nicht verzagt können die Arbeiter auf das Koalitionsrecht, sondern sie müssen es nach besten Kräften ausüben. Alle Berufscollegen müssen in der Organisation gesammelt werden, um auf diese Weise die Macht des vereinigten Kapitals zu brechen.

### Kulturkampf.

Der nun nach so langer Dauer beendete Kampf in der Holzindustrie lenkt die Blicke zurück auf ein ebenso gewaltiges Ringen, das vor wenigen Jahren die Mitglieder unserer Organisation, die Textilarbeiterchaft, Crimmitschauer, mit ihren Unternehmern zu führen hatten, und das ebenso wie der Kampf in der Holzindustrie die Blicke der ganzen Welt auf sich zog.

Hier wie dort waren es nur geringe Forderungen, hauptsächlich die Verkürzung der Arbeitszeit, die der Unternehmehrsinzel glauhte absehbar zu müssen, um die Arbeiterschaft an ihrem Aufwärtstreben zu hindern.

Die Forderung der Holzarbeiter, ihnen bei Ablauf und Erneuerung des Vertrages die bereits vor zwei Jahren zugesicherte Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung in dem neuen Vertrage festzusetzen, wurde verweigert, und weil sie unter den alten Bedingungen, die bei den veränderten Verhältnissen eine Verschlechterung ihrer Lebenslage darstellten, keinen Vertrag abschließen wollten, schritt das Unternehmertum in seiner Brutalität zur Aussperrung. Die Crimmitschauer Textilarbeiterchaft hat in ihrem denkwürdigen Kampfe um den Zehnteltag ebenfalls die ganze Brutalität des Unternehmertums, das in seiner Unterdrückungswut den weitgehendsten Schutz der Verbunden genutz, zu spüren bekommen, während die Arbeiterschaft schuldlos jenseitiger Verfolgung preisgegeben war.

So gewaltige Anstrengungen das Unternehmertum in beiden Kämpfen zur Niederbringung der Arbeiterklasse gemacht hat, es war vergebliche Mühe; der Crimmitschauer Kampf war ein Anlaß mit, daß der Textilarbeiterverband sich heute mit zu den stärksten Verbänden zählen kann. Auch alle Anstrengungen der Schatzmacher, den Holzarbeiterverband klein zu schlagen, sind als gescheitert zu betrachten; ungeachtet geht der Holzarbeiterverband aus diesem Kampfe, der so große Opfer gefordert hat, hervor.

Das sollte auch den Unternehmern endlich die Ueberzeugung beibringen, daß die Macht der Arbeiterorganisationen denn doch nicht zu unterschätzen ist.

Aber auch die Holzarbeiter, die in diesem Kampfe den Wert der gewerkschaftlichen Organisation aufs neue kennen und schätzen gelernt haben, sollten die Verpflichtung fühlen, dafür zu sorgen, daß ihre weiblichen Familienangehörigen, soweit sie erwerbstätig sind, den Organisationen angehörend werden, denen sie nach der Art ihrer Beschäftigung angehören. Bei dem bekannten Aussperrungsrisiko der Unternehmer ist kein Arbeiter, keine Arbeiterin sicher, nicht auch eines Tages ausgesperrt zu werden. Sicherlich arbeiten auch eine große Zahl von Frauen und Töchtern der Holzarbeiter in Textillbetrieben und haben den durch die Aussperrung bedingten Lohnausfall durch verdoppelten Arbeitszeifer ausgleichen müssen. Manche Frau, manches Mädchen war vielleicht erst durch die Aussperrung der männlichen Familienangehörigen gezwungen, zum Erwerb zu greifen.

Nach den Erfahrungen der letzten Monate ist es hohe Zeit, diese, soweit sie noch nicht Mitglieder sind, dem deutschen Textilarbeiterverbände zuzuführen. Die Bedeutung, die die Frauenarbeit in heutigen modernen Produktionsprozessen hat, macht auch die Verteilung der Frauen an den künftigen Lohnkämpfen, die zweifellos noch schärfere Formen annehmen werden, als die bereits hinter uns liegen, zur zwingenden Notwendigkeit.

Was aber Arbeiterinnen bei Lohnkämpfen leisten können, wenn sie sich ihrer Aufgabe, am Bekleidungskampfe der Arbeiterklasse mitzuwirken, bewußt sind, das haben die Crimmitschauer Arbeiterinnen durch ihr musterträchtiges Aussehen im Kampfe zur Genüge bewiesen.

Es muß daher Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft sein, der Organisation der Arbeiterinnen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, durch unermüdete Aufklärung die Arbeiterinnen zu zielbewußten Kämpferinnen zu erziehen, sie davon zu überzeugen, daß auch sie zu jener Klasse gehören, die man niederreißen will, und daß sie sich dagegen ebenso energisch zu wehren haben, als die gesamte übrige Arbeiterschaft.

Auch der Kampf um eine Verkürzung der Arbeitszeit ist von hoher kultureller Bedeutung. W. Gopp.

### Zur Lohnbewegung der Saganer Textilarbeiter und der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine.

Die im Vorjahre abgebrochene Lohnbewegung, bei welcher in zwei Betrieben, der Firma Moos-Loh-Weer und dem Betriebe der Saganer Wollspinnerei und Weberlei, die 12stündige Mittagspause und einige kleine Lohnzulagen für die verschiedensten Ausstellungen dieser beiden Betriebe errungen wurden, wurde Anfang März dieses Jahres wieder aufgenommen. Wie im Vorjahre, so sollte auch diesmal wieder mit dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein gemeinsam vorgegangen werden. Eine im März abgehaltene öffentliche Textilarbeiterversammlung, in welcher Gauleiter Kollege Otto Freisch referierte, nahm eine Resolution an, welche besagte, daß wie im Vorjahre auch diesmal wieder eine 12stündige Mittagspause und die 10stündige Arbeitszeit einschließlich Wesperrpause gefordert werden sollte. Für die Webervereine sollte ein Lohnstarif ausgearbeitet werden; ebenso für die Spinnereien. Außerdem wurde der Vorstand der Filiale des deutschen Textilarbeiterverbandes beauftragt, mit den Vorständen der dort bestehenden Gewerksvereine eines gemeinsamen Vorgehens in Unterhandlungen zu treten. In einer später stattfindenden Versammlung sollte über das Resultat dieser Unterhandlungen mit den „Hirschen“ berichtet werden. Auf das Anschreiben unseres Vorstehenden Kollegen Meier an den Gewerksverein ging ihm ein drei Seiten langes Antwortschreiben zu, unterzeichnet vom Generalkreis-Sekretär Bierhub, Sperrberg. Die Antwort war eine ablehnende; die „Hirsche“ wollten diesmal nach beiden Richtungen selbständig vorgehen. Herr Bierhub äußerte in einer Gewerksvereinsversammlung, er würde in diesem Jahre etwas Vernünftiges schaffen und es sollte nicht wieder so gescheitert werden wie im Vorjahre, wo er nicht mit dabei war; für die Weber wollte er einen Tarif ausarbeiten, der zu gebrauchen sei. Mit ihm würden auch die Herren Unternehmer unterhandeln; wenn man aber mit dem sozialdemokratischen Verband ginge, dann würden die Unternehmer dies nicht tun. Herr Bierhub schloß sich wohl darauf, daß bei der letzten Reichstagswahl die „Hirsche“ wie überall so auch in Sagan in der allerhöchsten Weise gegen den Arbeiterlandbalden Stimmung gemacht und dem Freisinn Vorparadien geleistet haben. Sie (die „Hirsche“) glaubten also schon den Sieg in der Tasche zu haben. Die Rechnung ging ihnen aber gänzlich fehl. In unserer Arbeiterversammlung, in welcher Kollege Schneider-Grünberg referierte, wurde eine Lohnkommission gewählt, die aus dem Vorstehenden, Kollegen Meier, dem Weber Kollegen Wilhelm Keller und der Weberin Kollegin Marie Schulz bestand. Der vom Kollegen Keller ausgearbeitete Weber-Lohnstarif wurde durchberaten und genehmigt und am Dienstag den 23. April an die Unternehmervereinigung Sagens abgefaßt. Bis zum 30. April wurde Antwort erbeten. Das Begleitschreiben war vom Kollegen Meier und von dem Kommissionsmitglied Keller unterschrieben. Am 30. April ging nun dem Kollegen Meier von Vorstehenden der Fabrikantenvereinigung ein Antwortschreiben zu, in dem es hieß, daß ihre Mitglieder es ablehnen, in Lohnfragen mit ihnen fernstehenden Vorstehenden von Organisationen zu verhandeln. Das sei im vorliegenden Falle um so mehr ausgeschlossen, als auch von zwei anderen Seiten (Hirsch-Dunderscher Gewerksverein und Nachabteilung des katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereins) dasselbe Verlangen gestellt worden sei. Jedoch die Firma Moos-Loh-Weer erkannte unsere Kommission an und lud derselbe zu einer Unterhandlung auf Dienstag, den 1. Mai, vormittags 8 Uhr, ein ins Kontor. Es wurde in derselben der später folgende Lohnstarif, welcher im wesentlichen sich mit dem von dem Kollegen Meier ausgearbeiteten deckt, nur daß verschiedene Artikel etwas niedriger berechnet worden waren, vereinbart. Derselbe bedeutet einen wesentlichen Fortschritt; 1,50-2,00 Mk. pro Woche können die Weber mehr verdienen. Bisher sollte überhaupt jenseitiger Anlaß für den Lohnanspruch; es wurde immer gearbeitet bis Freitag und mußte dann erst jeder Weber abwarten, was ihm pro 1000 berechnet wurde. Wer 1000 hatte, bekam weniger, wer weniger hatte, bekam etwas mehr für das Tausend. Bei schlechten Zeiten herrschte bisher das Vergütungssystem, bei dem sehr willkürlich vorgefahren wurde, einer bekam etwas, der andere nichts.



Der alte Lohnsatz war bisher der Höchstlohn; Zuschläge auf mehr als 3 Schichten wurden überhaupt nicht oder nur selten gezahlt, und dabei geht fast jede Arbeit mit mehr als 3 Schichten...

Die Preise sind nie toll vor Gut, das mit ihnen nicht verhandelt wurde. Ueberall, in allen Betrieben kamen sie zu spät. So auch bei Schlabach, Tuchfabrik, wo unsere Kollegen ebenfalls...

Der Generalrat der Textil-Fabrikanten und Webervereine hat es wieder so, dort haben ebenfalls unsere Kollegen wesentliches geschaffen, die dort bestehende Weber-Lohnabelle wurde aufgestellt...

Die Kommission über die Erträge bei der diesjährigen Lohnbewegung berichtet und Kollege Krüger referierte, waren auch die Gewerkschaften...

Der Generalrat der Textil-Fabrikanten Gewerkschaften hatte an die Fabrikanten eine Eingabe gerichtet, in der um eine 20proz. Lohnerhöhung gebeten wurde. Diese Forderung wurde damit begründet...

Man nun die ganze Bewegung in vernünftige Bahnen zu leiten, haben die Mitglieder unserer Organisation auf unseren Rat beschlossen, mit dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverband keine gemeinsame Sache zu machen...

Unsere Beschlüsse sind es, gute Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen, was aber nur möglich ist, wenn beide Teile sich gegenseitig achten und die Organisation als verbindliche Interessensvertretung beider Teile anerkennen...

Was Willen nützte aber nichts, selbst nicht die Erwähnung des Beschlusses, mit dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverband keine gemeinsame Sache zu machen. Angesichts solchen Scheiterns kann man schon einmal die Sprache vertieren...

Lohnsatz für die Webererei

Table with 4 columns: Art of work, Quantity, Unit price, Total price. Includes items like 'Streichgarnketten', 'Schwarze Baumwolle', 'Wollgarnketten'.

- 1. Vorstehende Löhne sind für Arbeiten mit einschließl. 3 Schichten bestimmt. Für jeden weiteren Schichten per 1000 1/2 Pf. mehr.
2. Für Geschirre über 12 Schicht per 1000 1/2 Pf., für solche über 18 Schicht einen weiteren 1/2 Pf. mehr.

Am Vorabend der Sonntage und Festtage bleibt das Gewerbe 12 Uhr stehen und muß bis 6 Uhr gepulvt werden. Zum Zwecke des Anklebens und Waschens ist den Webern gestattet, die Arbeit 5 Minuten früher zu verlassen...

Der Tarif hängt in mehreren Exemplaren in der Webererei aus, in Kettend. Die Firma Prof. Löw-Beer beschäftigt 1600 Personen, darunter 530 Weber, also über 60 Proz. der Saganer Textil-Arbeiter.

Wohlfahrts-Einrichtungen in der 'Jute' in Landsberg a. d. Warthe.

Wir haben wiederholt über Wohlfahrts-Einrichtungen berichtet können, die alle für die Arbeiter mehr Drückendes als Erleichterndes an sich haben. Ebenso ist es mit den Wohlfahrts-Einrichtungen in der Jute-Fabrik in Landsberg a. Warthe, obwohl sie hier der Arbeiterauschuss sanktioniert hat.

Der Vorstand der Jute-Fabrik hat folgende Bekanntmachung: Satzungen der Arbeiter-Wohlfahrts-Kasse. § 1. Zweck der Kasse ist, das Wohl der Arbeiter in jeder geeigneten Weise im Rahmen der verfügbaren Mittel zu fördern...

§ 2. Die Mittel der Wohlfahrts-Kasse werden beschafft durch die eingehenden Geldstrafen, die verfallenden Lohnbeträge (§§ 9, 16, 17 in der Arbeitsordnung), sowie aus anderen (?) ihr zufließenden Einnahmen und Zuwendungen.

§ 3. Verwaltet wird die Kasse vom Vorstand der Fabrik-Frankenkasse. Bei Beschlüssen haben die Vertreter der Firma je 3 Stimmen, zusammen 9 Stimmen, und jedes andere Vorstandsmitglied je 1 Stimme. (1) Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Die Anwendungen, welche aus dieser Kasse Arbeitern gemacht werden können, dürfen sich fast ausschließlich auf Arbeitergroßen zusammenfassen (Strafgelder, verfallene Lohnbeträge). Aber bei der Verteilung von Geldern an Arbeiter haben die Vertreter der Arbeiter nur den 2. Teil des Stimmrechts...

Das der Arbeiterauschuss eine solche Bestimmung sanktioniert, das zeigt zwar, daß er der Situation im entscheidenden Augenblick nicht voll gewachsen war, es macht aber die Sache an sich nicht besser.

Der Arbeiterauschuss hätte auch seine Zustimmung zu folgender Bekanntmachung verweigern sollen: Für Zweifelhafte sehen wir den Abzug von 15 Proz. auf 5 Proz. herab.

Für Einstuhlnarbeiter (30er., 40er., 45er., 50er., 55er.-Stühle) zahlen wir von dem, was über 1,80 Mk. für 55er., 61er., 80er.-Stühle von dem, was über 2 Mk. in 10 Stunden verdient wird, 50 Proz. Reduktion.

Landsberg a. d. Warthe, 27. März 1908. Die Direktion. Friedr. Schmidt, Max Bahr.

Völlige Beseitigung der Prämie durch Ausgleich der Löhne wäre besser. Von jener Lohnaufbesserung ist übrigens nur zeitweise, namentlich wenn Arbeitermangel herrscht, etwas zu merken.

Bei schlechtem Garn und schlechten Ketten kommen nur wenige auf die Prämie. Auch die Kopfen von der Patent-Spinnmaschine, welche spinn- und zugleich den Kopfen herstellt, hindert die Weber, vorwärts zu kommen. Die Kopfen sind zum Teil so dick, daß sie kaum in den Schützen (Schiffchen) hineingehören...

Mit welcher Fürsorge für das 'Wohl' der Arbeiter gefordert wird, zeigt auch die indirekt verlängerte Arbeitszeit. Man droht sich das Werk, so werden die Maschinen in Bewegung gesetzt, trotzdem noch 7-10 Minuten an dem Reqtum der festgesetzten Arbeitszeit fehlen, was mindestens 20 Minuten pro Tag, 2 Stunden pro Woche ausmacht.

Der Lohn der Tagelöhner erhöht sich dadurch nicht, wohl aber scheint die Direktion anzunehmen, daß die Akkordarbeiter so auf einen Verdienst kommen, daß sie ein Bedürfnis zum Sparen haben. Sie hat eine Spartasse für ihre Arbeiter errichtet. In einem Aufruf, die Kasse zu benutzen, hieß es: ... Nach also vorwärts will, der spare jeden Pfennig, jede Mark; nach wenigen Jahren wird er mit Freunden leben, wie hübsch sein Kapital wächst.

Die letzten Worten sollten die Arbeiter allerdings beherzigen, indem sie sich von aller sogenannten Wohlfahrt von Unternehmerseite frei machen. Soho Sorgen in der Fabrikpartei sind geeignet, auf die Löhne zu drücken und können der Arbeiter in seinen Entscheidungen behindern, weil er sich von der Fabrik abhängig fühlt.

Auch eine Säuglingspflegestelle, Krippe genannt, geleitet von einer Diakonistin, ist im April eröffnet worden. Ausgenommen werden Kinder von 8 Wochen bis zu einem Jahr, welche ärztlich untersucht und für gesund befunden worden sind, so daß keine Anwesenheit der anderen Kinder zu befürchten ist. Für jedes Kind ist 1 Mk. Eintrittsgeld und 2 Mk. wöchentlich an Pflegegeld zu zahlen.

Warum? Natürlich, damit die Mutter in die Fabrik gehen kann, das Unternehmertum also stabil mit Arbeitskräften versehen ist. So zeigen sich eben alle sogenannten und scheinbaren Wohlfahrts-Einrichtungen mehr als solche für das Unternehmertum, denn für die Arbeiter.

Es wird Zeit, daß dies die Arbeiter endlich einsehen lernen und erkennen, daß sie sich die besten Wohlfahrten erwirken, wenn sie ihre Organisation kräftig machen und mit ihrer Hilfe Selbsthilfe üben, wie es ihnen ihre Betriebsdirektion empfohlen hat.

Noch etwas aus dem Münsfertale im Elsaß.

Schon in einem früheren Artikel wurde auf die elenden Arbeitsverhältnisse hingewiesen, welche noch in diesem mit allen Naturschönheiten reich gesegneten Tale existieren. Es wurden auch die Wohlfahrtsbestrebungen verschiedener Unternehmer erwähnt, vermittlest welcher man die Arbeiterkraft an die Scholle zu fesseln versucht...

Wir wollen hier nur eine Firma herausgreifen, welche sich in puncto Arbeitzeit heralich wenig um das Gesetz zu kümmern scheint: die Firma Zimmer u. Klein in Melsbach. Derselbe besitzt noch Betriebe in Mühlbach und Sondernach. In allen Betrieben dieser Firma wird noch 11 1/2 Stunden gearbeitet. Auch die Arbeiterinnen machen mit. Es wäre daher angebracht, daß die Gewerbeinspektion diesen Betrieben ein wenig mehr Aufmerksamkeit zuwenden würde als bisher.

Genau so verhält es sich bei der Firma Hausmann in Breitenbach, wo ein solches Drahtseil in einer Spannung von etwa 50 bis 80 Metern quer über den Hof hinwegläuft, ohne daß irgend eine Schutzvorrichtung unter demselben angebracht wäre. Würde das Seil einmal reißen, so könnte es leicht gefahren, daß ein unter demselben Durchgehender die Fährlosigkeit des Unternehmers mit dem Leben bezahlen müßte.

Es bietet sich hier für die Aufsichtsbehörde ein reiches Arbeitsfeld und machen wir dieselbe speziell auf diese Zustände aufmerksam. Es würde zu weit führen, wollten wir auf alle die Mißstände eingehen, welche uns gelegentlich der letzten hier in diesen Orten abgehaltenen Fabrikerversammlungen zu Ohren gekommen sind. Es genügt vorläufig, die oben erwähnten Tatsachen registriert zu haben.

Glücklicherweise fängt es auch hier an zu regnen, und der Organisationsgedanke dringt sich allmählich Bahn. Die Arbeiter sehen langsam ein, daß nur durch eine starke Organisation etwas erreicht werden kann, weshalb sie sich immer mehr derselben zuwenden, um durch sie bessere, menschenwürdige Zustände herbeizuführen zu können. Die vor kurzem abgehaltenen Fabrikerversammlungen hatten alle einen guten Verlauf aufzuweisen und sind alle von gutem Erfolge begleitet gewesen. Die Mißliebige Zahl ist überall im Steigen begriffen und wird der Augenblick nicht mehr allzufern sein, wo die Arbeiterschaft mit den Unternehmern ein ernstes Wort reden wird.

Die Fürsorgeerziehung Minderjähriger.

Welchen Einfluß die sozialen Verhältnisse, unter denen die Massen des Volkes leben, auf die Gesundheit und die Fruchtbareit haben, zeigt eine Probe vom preussischen Ministerium des Innern bearbeitete und herausgegebene Statistik über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger für das Rechnungsjahr 1905 (vom 1. April 1905 bis 31. März 1906). Wichtigste häusliche Verhältnisse, wie die Armut und Verkommenheit der Eltern, das Fehlen jeglicher erzieherischen Anleitung und dergl. mehr, alles natürliche Begleiterscheinungen tiefen sozialen Niveaus der Eltern, sind dazu angetan, die Kinder oder jungen Leute auf stützliche Abwege zu drängen. Nach Unfestigkeit der Arbeit kann dahin führen. Ist doch die Zahl der schulentlassenen Jünglinge, sowohl der männlichen wie der weiblichen, die vor ihrer Verheiratung an die Fürsorge, mit verschiedenen Arbeiten beschäftigt oder gar arbeitslos waren, erheblich angewachsen. Das Bauhandwerk (Maurer, Zimmerer, Maler, Klempner) ist besonders stark am Kontingenz der Fürsorge beteiligt. Selbst der Stand der 'Kaufbüchsen', deren Beschäftigung einer Art ist, daß sie die Ausübenden manchen schädlichen Einflüssen ausgesetzt sind, erscheint schwer gefährdet. Bezeichnend ist auch, daß von der Gesamtzahl der Familien der Fürsorgezöglinge ein Sechstel der Knechtspflanze unterhand. Außerdem werden 410 Familien als ohne Einkommen und 443 als ohne bestimmtes Einkommen bezeichnet. Differenzmäßig kommen in Preußen auf je 10 000 Familienhaushaltungen etwa acht Fürsorgezöglinge.

Es wären sicher weniger, wenn alle Eltern in geordneten sozialen Verhältnissen lebten und den Kindern eine Erziehung geben könnten, die sie weniger disponieren würde, auf Abwege zu geraten — sei es auch erst nach der Entlassung aus der Schule — und schließlich sogar dem Verbrechen in die Arme zu treten — als Opfer sozialer Verhältnisse, die sie natürlich nicht verschuldet haben. Diese lassen die Kinder und Jugendlichen schuldig werden, und erst wenn dies geschehen ist und das Schicksal zeigt, daß es ein Sünden werden will, tritt der Staat als Retter auf, um die Frucht vor Entartung zu schützen, anstatt schon früher durch soziale Maßnahmen die Entwicklung der Wurzeln des Übels zu verhindern.

Die Zahl der Fürsorgeerziehungsbefugten betrug im Jahre 1905 10880; sie war hiernach beträchtlich höher als in den drei vorangegangenen Jahren, bleibt hingegen um mehr als 1000 Jünglinge hinter dem Jahre 1901 zurück, das den Anfang der gesetzlich geordneten Fürsorgeerziehung bedeutete.

Das Jahr 1905 bestätigt im wesentlichen die Erfahrung der Vorjahre, daß bei einer Unterbrechung der Fürsorgezöglinge nach dem Gesetz die Zahl der weiblichen Jünglinge etwa die Hälfte der Zahl der männlichen, also ein Drittel der Gesamtzahl, beträgt (84,1 Proz. und 85,9 Proz.). Die Zusammenfassung der Jünglinge nach Altersklassen weist etwa zwei Drittel derselben in die Altersperiode von 12 bis 18 Jahren (87,5 Proz.), während auf die Periode von 6 bis 12 Jahren 20,9 Proz. entfallen; der Anteil des Mindestalters bis zum 6. Lebensjahre an den Wirkungen des Gesetzes ist mit 2,0 Proz. nach wie vor ein sehr geringes. Eine wesentliche Veränderung ist in dem Anteil der einzelnen Altersklassen an der Fürsorgeerziehung in den letzten drei Jahren nicht eingetreten. Die Klasse der 14- bis 16jährigen und der 17- bis 18jährigen zeigt ein geringes Sinken, der 16- bis 17jährigen eine geringe Zunahme. Am stärksten an der Fürsorgeerziehung ist noch immer die Stufe von 17 bis 18 Jahren beteiligt, die gerade die für die Fürsorgeerziehung schwierigsten Elemente umschließt.

Die Überbevölkerung zur Fürsorgeerziehung ist bei fast zwei Dritteln aller Jünglinge zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens (§ 1, Abs. 3 des Gesetzes vom 2. Juli 1900) erfolgt. Wie in den früheren Jahren, so haben auch diesmal die großen und Mittelstädte erheblichen Anteil an den der Fürsorgeerziehung Unterworfenen als die ländlichen Gemeinden. Selbst man die Verhältniszahl zwischen den Fürsorgezöglingen und der ortsbewohnenden Bevölkerung im Alter von 0 bis 18 Jahren gleich 1, so ist der Anteil der Gemeinden mit 2000 Einwohnern und weniger an der Zahl der Unterworfenen 0,84, der Gemeinden von mehr als 2000 bis unter 50 000 Einwohnern 0,9, der Gemeinden von mehr als 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern 1,8, der Großstädte mit 100 000 Einwohnern und darüber 2,5, von Berlin



25. Dem Religionsbekenntnisse nach waren 64,8 Proz. der Fürsorgepflichtigen evangelisch, 34,6 Proz. katholisch, 0,4 Proz. Juden. Aus den statistischen Heberbüchern über die Schulverhältnisse der Heberweiseren wäre anzumerken, daß die Zahl der schulpflichtigen weiblichen Jünglinge erheblich höher ist als die der schulpflichtigen männlichen, während bei den männlichen Jünglingen das umgekehrte der Fall ist. Die Hälfte der Jünglinge hatte die Schule unregelmäßig besucht.

Die Heberweiseren über die vor der Heberweisung schon einem kraftrechtlichen Verfahren unterworfenen Jünglinge zeigen im großen und ganzen dasselbe Bild wie im Vorjahre. Die Anzahl der noch im schulpflichtigen Alter stehenden Jünglinge, die schon bestraft waren, hat, soweit das männliche Geschlecht in Betracht kommt, diesmal ganz erheblich abgenommen. Diese erfreuliche Abnahme wird aber dadurch eingeschränkt, daß auch von den bestraften Schulklassen 323 männliche schon während ihrer Schulzeit die erste Straftat begangen hatten. Im übrigen kommt jene Abnahme wesentlich auf Rechnung der Gefängnisstrafen und entfällt ganz auf einfache Diebstahlvergehen. Das entspricht den Ergebnissen der allgemeinen Kriminalstatistik, die ebenfalls ein Zurückgehen wegen Diebstahls Verurteilten zeigt. Die Verurteilungen wegen anderer Straftaten bieten keine wesentliche Veränderung. Von den Mädchen ist ein Drittel weniger als im Vorjahre zu Freiheitsstrafen verurteilt worden. Unter den Schulentlassenen ist bei den weiblichen Jünglingen eine nicht unbedeutende Verringerung eingetreten: nur 28,4 Proz. waren bestraft, demnach fast drei Viertel ohne Strafe zur Fürsorgeerziehung gelangt. Auch diese Abnahme kommt auf Rechnung der Freiheitsstrafen; so hat insbesondere die Zahl der mehrfach mit Gefängnis bestraften schulklassen Mädchen sich auf 18 verringert. Was den Strafgrund angeht, so zeigen hier einfacher Diebstahl und Unterschlagung steigende Ziffern, während wegen Gewerkschaftsbruch nur 24 (gegen 48 im Vorjahre) verurteilt waren. Bei den männlichen Schulklassen endlich hat die Zahl der Bestraften absolut zugenommen, relativ etwas abgenommen.

Ueber das, was mit der Fürsorgeerziehung gescheit und erreicht worden ist, kann das einzelne Berichtsjahr nur unzureichende Auskunft geben. Ein Nachweis über die beim Eintritt der Fürsorgeerziehung 10 Jahre und darüber alten Jünglinge aus den Jahren 1901 und 1902 ergibt folgendes: Abgesehen von den vollständig gewordenen und den in Heer oder Kriegsschiffe eingetretenen Jünglingen, konnten 98 männliche und 42 weibliche Fürsorgeerziehunglinge der beiden ersten Jahrgänge wegen guter Führung entlassen und ferner 70 bzw. 36 wiederum aus der Fürsorgeerziehung entlassen werden. Nimmt man diese beiden Kategorien zusammen, so bilden die 168 männlichen Jünglinge über 10 Proz. und die 78 weiblichen 5,7 Proz. aller derjenigen Jünglinge des betreffenden Geschlechts, die bei ihrer in den Jahren 1901 und 1902 erfolgten Heberweisung das 16. Lebensjahr vollendet hatten.

### Rost- und Logiszwang oder Familienanschluß.

Die Bekämpfung dieses unerträglichen Systems hat im Laufe der letzten Jahre recht gute Fortschritte gemacht. Man nehme irgend ein Fachblatt in die Hand von den Verufen, die in der Hauptsache mit dem Rost- und Logiszwang zu rechnen haben, so findet man, daß dieser Frage eine große Aufmerksamkeit gewidmet wird. Dabei macht man die Erfahrung, daß selbst in Verufen, wo man es fast für ausgeschlossen halten sollte, z. B. bei den Wächtern, dieses System noch nicht ganz verschunden ist. In allen den Verufen, welche noch in den kleinen Städten anzutreffen sind, ist dieser Brauch noch verbreitet.

Die Arbeitgeber, können sich noch gar nicht damit abfinden, daß man diesen schönen Seiten ein Ende bereiten will. Der Meister läßt sich noch verufen, über das Seelenheil seines Gefolges zu wachen. Dieses glaubt er am besten ausüben zu können, wenn der Gehilfe gezwungen ist, im Hause des Meisters zu wohnen und essen Brot zu essen. Auch der Fortschritt der Neuzeit hat mit dieser mittelalterlichen Ansicht noch nicht ganz aufzuräumen können. Doch immer fällt man den Familienanschluß, wie es vielfach die Arbeitgeber benehmen, für unumgänglich notwendig.

Wenn wir einen Blick in die alten Zunftgeschichten tun, lernen wir den Rost- und Logiszwang von einem anderen Gesichtspunkte kennen, als wir ihn heute naturnotwendigergewisse auffassen müssen. Damals war wirklich der Meister bestrebt, einen gesunden Nachwuchs zu fördern. Am Tische des Meisters aß und trank der Gehilfe von denselben Gerichten. Er schlief unter demselben Dache und es bestand wirklich ein Familienanschluß. Das ganze wirtschaftliche Leben war ein ganz anderes und hätte sich der Gehilfe überhalb des Meisters Hauses nicht wohl gefühlt.

Fragen wir uns aber: Dürfen unsere heutigen Arbeitgeber noch als Vormund der Arbeiter aufspielen? Sind die Verhältnisse, wie wir sie tausendfach in allen möglichen Verufen feststellen können, noch als Familienanschluß zu betrachten? Oder vertritt der Arbeitgeber den Rost- und Logiszwang vom Standpunkte des höheren Profits aus? Die einzige richtige Antwort hierauf ist die: Unsere heutigen Arbeitgeber sehen in dem Rost- und Logiszwang ein Mittel, welches die betreffenden Arbeiter in eine größere Abhängigkeit zum Meister bringt, mittels derer er insofern ist, durch eine überlange Arbeitszeit, schlechtes Essen und Trinken und ungenügende Schlafstunde, sowie schlechte Unterbringung eine höhere und intensiver Ausbeutung zu ermöglichen. Der Arbeitgeber macht mit dem Rost- und Logiszwang ein gutes Nebengeschäft. Je mehr er Gehilfen beschäftigt, um so mehr blühen die Nebenverdienste. Der Arbeiter ist unter diesem System noch schlimmer gequält als die Sklaven des antiken Altalters. Darum ist es Pflicht aller aufgeklärten Menschen, der Bekämpfung dieser Kulturfessel ihres Unterdrückten zu helfen und den Rost- und Logiszwang als ein vornehmlichstes Heberweiserziel zu bekämpfen.

### Bedeutung der Berufs- und Betriebszählung.

Am 12. Juni d. J. wird im Deutschen Reich eine allgemeine Berufs- und Betriebszählung stattfinden. Sie soll die gesamte Bevölkerung nach dem Beruf erfassen und weiter alle landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe aufnehmen, in denen sich die Bevölkerung betätigt. Die Zählung beruht auf dem Reichsgesetz vom 25. März d. J., das eine allgemeine Auskunftspflicht hinsichtlich der Gegenstände der Befragung begründet. Die Durchführung der Zählung wird nicht weniger als 4 1/2 Millionen Reichsmark kosten. Die Gemeindebehörden werden mit Hilfe von rund 800 000 Häusern unmittelbar Ausführung übernehmen. Die Statistiken unter dem Reich und der Bundesstaaten werden sich in die Vorbereitung des gewaltigen Zählungswalles teilen. Aus den diesen Millionen von Antworten, die die Bevölkerung geben wird, soll die Statistik das große Bild der Berufs- und Betriebsstatistik entstehen, das vom Kaiserlich Statistischen Amt zu veröffentlichen ist. Der Welt wird die berufliche und soziale Misere, der zivilisierten Landwirtschaft und der dritten Handel und Gewerbe im Deutschen Reich behandelt. Das ganze wird in Text und Tabellen in 25 Bände umfassen.

Die Berufsstatistik soll über die Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Berufe und, soweit die Stellung im Berufe sie gebietet, auch die soziale Schichtung. Die Interessen der Bevölkerung sind beruflich und sozial geordnet. Deshalb ist es von großer Bedeutung, den Bevölkerungsstand der einzelnen Berufe seiner Stärke kennen zu lernen, zu beobachten, wie er wächst

oder zurückgeht, welche Altersklassen in den einzelnen Berufen vertreten sind, wie viele Familienangehörige sie haben und weiterhin, wie sich die Angehörigen jedes Berufs nach sozialen Schichten (Selbstständigen, Angestellten, Arbeitern usw.) scheiden. Auch die Religion bleibt nicht unbeachtet. Dies alles ermöglicht es, ein genaues Bild von der Zusammensetzung und sozialen Schichtung der einzelnen Berufe zu geben. Gesetzgebung und Verwaltung können deshalb mit bestimmten Größen rechnen, wenn sie Maßnahmen ergreifen, die auf die beruflichen und sozialen Interessen einwirken. Dadurch, daß die Veränderungen von einer Zählung zur anderen beobachtet werden, lassen sich auch Schlüsse auf die Wirkungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie auf die allgemeine Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft ziehen.

Die land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung liefert die wichtigsten Angaben, die zur Beurteilung von Land- und Forstwirtschaft dienen. Sie beschäftigt sich mit den Betriebsinhabern und deren persönlichen Verhältnissen, noch mehr aber mit den Betrieben selber. Die Betriebe werden nach ihrer Größe unterschieden, um den Grundbesitz lernen zu können. Ferner wird ermittelt, wieviel von der Fläche Eigentum, wieviel Pachtung ist, und wozu der Boden benutzt wird, ob zum Ackerbau oder zu Wiesen, Weiden usw. Auch die Weinberge und die Forsten werden genau bezeichnet, und schließlich wird noch festgestellt, welcher Teil des Bodens als Oed- oder Unland einer Kultur nicht unterliegt. Beim Ackerbau wird insbesondere angegeben, womit es bestellt ist, ob mit Körnerfrüchten der verschiedenen Art, mit Kartoffeln, Zuckerrüben usw. Für alle Erörterungen über und für alle Maßnahmen in bezug auf die Landwirtschaft, deren Besitzverhältnisse, den Getreidebau und den Anbau von anderen Früchten usw. werden dadurch wichtige Grundlagen geschaffen.

Besondere Aufmerksamkeit verlangt die Arbeiterfrage auf dem Lande. Das Personal der Landwirtschaft wird deshalb nach Zahl und Beschaffenheit genau aufgenommen, was früher nicht geschehen war. Selbstverständlich wird auch der Viehstand festgestellt, namentlich an Tieren, die der menschlichen Fleischnahrung dienen. Wegen der Bedeutung der Viehzucht wird zugleich dem Viehzüchter näher nachgesehen. In die Betriebsweise der Landwirtschaft werden die Nachweise über deren Maschinenbenutzung Einfluß gewährt. Schließlich kommen noch einzelne wichtige Nebengewerbe der Landwirtschaft, wie Zuckerrüben, Brennereien, Mühlen usw., zur Darstellung.

Handel und Gewerbe werden ebenfalls eingehend aufgenommen. Auch hier werden die Gewerbetreibenden selbst und ihre Betriebe festgestellt. Bei letzteren kommt es vor allem darauf an, ob es Handlungsgeschäfte sind und worauf sich der Handel erstreckt, oder ob es Handwerks- und Fabrikbetriebe sind und was sie herstellen. Die Handlungsgeschäfte werden besonders erschöpflich gemacht, um den Kleinhandel überblicken zu können. Die Ausdehnung der Heimarbeit in den einzelnen Gewerben, deren Verhältnisse neuerdings viel erörtert sind, findet eingehende Berücksichtigung. Große Aufmerksamkeit wird dem gewerblichen Personal gewidmet, das aus mannigfaltigen kaufmännischen, technischen, künstlerischen und gewerblichen Berufen zusammengesetzt ist. Die Kraft- und Arbeitsmaschinen, die hier noch mehr als in der Landwirtschaft die Betriebe nach ihrer Größe und Produktionskraft kennzeichnen, werden genau erhoben und zur Darstellung gebracht werden. Vermittelt werden alle diese Feststellungen wiederum große Fortschritte von Handel und Gewerbe erkennen lassen und gleichzeitig neues Licht auf die verschiedensten handels- und gewerbepolitischen Fragen werfen.

Die Berufs- und Betriebszählung 1907 bedeutet eine Bestandaufnahme der wirtschaftlichen Kräfte im Deutschen Reich. Der Vergleich mit der Vergangenheit gestattet auch, Verlust und Gewinn der nationalen Volkswirtschaft festzustellen. Ebenso wie der Kaufmann seine Bücher führt, um sich Rechenschaft über seine geschäftliche Tätigkeit abzuliegen, behilfen Regierung und Volk der Statistik, um sich Klarheit über die Grundlagen und Erfolge der volkswirtschaftlichen Arbeit zu verschaffen.

### Die Arbeiten des Reichstags.

Am 14. Mai 1907 ist der Reichstag bis zum 10. November vertagt worden. Der Reichstag hat seit seiner Eröffnung am 19. Februar 1907 14 Interpellationen und 10 Regierungenvorlagen erledigt. Es handelt sich um folgende Entwürfe:

1. Reichshaushaltsetz für 1907; 2. fünf Ergänzungsetz für 1907, u. a. Kaiser Wilhelmkanalverlängerung, Farnzerentfaltung, Feuerungsanlagen, Verminderung der Schutztruppen; 3. zwei Nachtragsetz für 1906 (20 Millionen für Südwesafrika) und erste Rate (8 000 000 Mk.) für die Eisenbahn von Kuba-Iselshorn; 4. Entwurf betreffend den Interzessions-Verständigungsfonds; 5. Entwurf über die Vornahme einer Berufs- und Betriebszählung am 12. Juni d. J.; 6. Kontingenzentscheidungsfrage für Vrennerseen; 7. Entwurf für den Gehührentarif des Kaiser Wilhelmkanals; 8. Statutenentwurf für April und Mai; 9. Vertrag über den Beitritt Luxemburgs zur norddeutschen Brauereiergemeinschaft; 10. Vertrag mit den Niederlanden über die gegenseitige Anerkennung der Allengesehften; 11. Vertrag mit der Schweiz über die Verleihung öffentlicher Urkunden; 12. Bestimmungen des neuen Weltpostvertrages; 13. Übereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich, betreffend den Schutz der Literatur und Kunst; 14. Zusatzvereinbarung zum deutsch-litauischen Handelsvertrag; 15. Zusatzvertrag zum deutsch-norwegischen Küstervertrage; 16. Handelsprotokoll zwischen Deutschland und der Union; 17. Entwurf über Änderungen des Reichsbeamtengesetzes (anderweitige Pensionierungsvorschriften); 18. Entwurf eines Beamtenhinterbuhnenengesetzes; 19. Entwurf eines Militärhinterbuhnenengesetzes.

Un erledigt geblieben und bis zur Herbsttagung verfahren worden sind folgende Vorlagen:

1. Die Maltschottischeuervelle (befindet sich in der Kommission); 2. Entwurf betreffend Verfertigung von Zigaretten in der Hausarbeit; 3. Entwurf über die Bestrafung von Majestätsbeleidigungen; 4. Interzessionsentscheidungsfrage; 5. Rogelkulturbelle; 6. Kleiner Weltpostvertrag; 7. Versicherungsvertragsentwurf; 8. Entwurf über die Sicherung der Bauverordnungen; 9. Stillschaltungsgesetz; Ferner: Neun Denkschriften: Tätigkeit der physikalisch-technischen Reichsanstalt, Beschäftigung von Gefangenen, Verkauf des südwesafrikanischen Küstlandes, Entwicklung der afrikanischen Schutzgebiete, Entwicklung von Mautschon, Verzicht des Kolonialrates über die Kolonialstände, Denkschrift über die Beschwerden der Kolonialstände, Denkschrift über die afrikanischen Eisenbahnen, Kartelldenkschrift (Teil 3); drei Verträge: Tappelervertrag, Langverträge wegen Togobahnen und südwestafrikanischer Bahn, 6 Bekanntmachungen des Bundesrats, 22 Nachtragsetzungen, 7 Heberweiseren und Nachweisungen, 20 Wahlsprüfungsberichte.

Von Anträgen von Mitgliedern sind sämtliche 142 Initiativanträge nicht zur Beratung gekommen, doch ist ein Teil von ihnen in Gestalt von Statutenresolutionen zur Annahme gelangt. Ferner wurden 14 bringende Anträge auf Einstellung von Strafverfahren gegen Reichstagsmitglieder angenommen.

### Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

#### Deutsches Reich.

##### (Wochenbericht.)

Die Faserweberei in Berlin ist abgebrochen worden. Die Gehilfen streikten am Sonnabend, den 25. Mai, eine Versammlung ab, um den Beschäftigten von der Ausübung entzogen.

zunehmen. Den Bericht erstattete Kollege Daus. Er empfahl, den nach Ansicht des Zentralvorstandes ausichtslosen Kampf abzugeben, jedoch fest zur Organisation zu halten, um im gegebenen Falle den Unternehmern mit Erfolg entgegenzutreten zu können. Die Kollegen fügten sich in das Unabhängliche, die Arbeit aufzunehmen und beauftragten die Vertrauensleute, mit je einem Kollegen bei den Meistern anzufragen, welche von den Kollegen wieder eingestellt werden. Alle dürften bei der ungünstigen Konjunktur nicht zugleich wieder eingestellt werden können, weshalb Bezug nach Berlin noch streng ferngehalten werden muß. Eine Sammlung, welche seitens der Faserweberei geplant war, dürfte nun gegenstandslos geworden sein. Hebrigen sei hierbei bemerkt, daß ohne Genehmigung des Zentralvorstandes innerhalb des Verbandes keine Sammlung veranstaltet werden darf. Selbst im Falle, daß der Vorstand eine Genehmigung dazu erteilt, sind alle Gelder an diesen abzuführen.

Ein Streik ist in der Spinnerei Hofer in Mappoldweiler l. G. ausgebrochen! Die Arbeiter verlangten vor drei Wochen mittels eingeschriebenen Briefes die Abschaffung der halbstündigen Heberzeitarbeit und eine fünfprozentige Lohnerhöhung. Die Firma verzögerte hierauf die halbstündige Heberzeitarbeit, schenkte aber dem Verlangen der Arbeiter nach fünfprozentiger Lohnerhöhung kein Gehör. Aber die vier ältesten Arbeiter, die mit ihrer Unterschrift gezeichnet haben und die 10, 12, 15 und 20 Jahre im Betriebe arbeiten, sollten entlassen werden. 25 Spinner und Arbeiter, sämtlich im Deutschen Textilarbeiterverband organisiert, legten hierauf wegen Nichtabnahme der Forderungen am 25. Mai die Arbeit nieder.

Öffentlich wird der Wunsch der Christlichen, die noch in Arbeit stehen, bevor es zu spät ist, einsehen, daß es sich um die Interessen sämtlicher im Betriebe beschäftigten Arbeiter handelt. Unterhandlungsversuche des Lokalbeamten Münch in Colmar wurden seitens der Firma zurückgewiesen.

Die Lohnbewegung der württembergischen Trisolweber (Mundschlarbeiter) ist beendet. Der Erfolg ist in Anbetracht der jungen Organisation ein recht erfreulicher. 10 Proz. Lohnerhöhung im Durchschnitt, Verbesserung der Wäsche ist der Lohn für die Wäse. In einem späteren Artikel werden wir die Bewegung in bezug auf ihren Erfolg noch kritisch beleuchten.

Der Streik der Mangel- und Appreturarbeiter und Arbeiterinnen bei Schneider in Reichenbach i. Schl. ist noch im Gange.

Der Streik der Gummihandwerker bei Heinrich Zimmermann in Kolln-Brankfeld dauert fort.

Von dem Streik der Wollstoffweber bei Noß u. Lukas in Elberfeld ist daselbe zu sagen.

Im Hinblick der Arbeiter der Spinnereibereitungen Birgigt u. Co. in Grimma sei an dieser Stelle von neuem erinnert.

Der Streik der Textilarbeiter bei der Firma A. J. Moschitz in Siedersdorf hat immer noch keine Abänderung erfahren. 100 Ausländer sind indes abgereist.

Die Gummihandwerker in Graßhirsdorf (Sächs. Lausitz), 35 Personen, fordern Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung.

Die Arbeiter der Intesspinnerei und Weberei in Wera sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Lohnerhöhungen bis zu 7 1/2 Proz. haben die Arbeiter der Firma S. Walle in Eiben durchgesetzt.

Die Arbeiter der Intesspinnerei und Weberei in Triebes fordern Lohnerhöhung und Sonnabends um 4 Uhr nachmittags Schluß.

In der Weberei der Firma Johannes Koch in Sülzengrund bei Hohenstein-Ernstthal sind Lohnunterschiede ausgedrückt.

Einen erfolgreichen Streik haben die Färber der Verz. einigten Sührna-Teppichfabriken, Abteilung S. Linden, ausgeführt. Aus wichtigen Ursachen war der Konflikt entstanden. Die Färber weigerten sich, Heberstunden ohne Aufschlag zu leisten; sie verlangten ferner bei Heberstundenarbeit eine Pause zur Einnahme der Abendmahlzeit. Selbstverständliche Forderungen, die längst in allen Textilbetrieben erfüllt sind. Der Herr Direktor der Teppichfabrik hielt aber noch auf dem Standpunkt, daß Arbeiter bei Heberstunden der Lohn- und Arbeitsbedingungen nichts dreingureden haben, vielmehr, stand auf diesem Standpunkte vor dem Streik. Die sich weigern Arbeiter entließen er kurzgehand. Die übrige Belegschaft, 8 an Zahl, verließ ebenfalls das Dorado. Angebotene Verhandlungen führten zu keinem Ziel. Der Herr Direktor erklärte, in seinem Betriebe bestünde kein Konflikt, da alle Arbeiter entlassen seien. Auch eine Ansicht. Große Interesse, in bürgerlichen Zeitungen losgelassen, hatten den Erfolg, daß einige 50 Arbeitslose auf die Beine gebracht wurden. Als sie aber hörten, was los sei, lebten sie es ab, zu Veräthern ihrer Klagenzuzuhören. Später wurden Vorbereitungen getroffen, die Weberinnen herauszulassen. Dies half. Nun suchte der Direktor um Verhandlungen nach. Eine Einigung war bald erzielt. Alle Forderungen wurden glatt bewilligt: 25 Proz. Aufschlag für Heberstunden; Gewährung und Gewährung einer Pause von 20 Minuten bei 12 Heberstunden und WiederEinstellung sämtlicher Arbeiter. Ueber einige unangenehme Begleiterscheinungen bei diesem Streik wird später in einem besonderen Artikel berichtet werden. Die übrige Textilarbeitererschaft von Hannover-Linden hat jetzt Gelegenheit, Betrachtungen darüber anzustellen, ob durch Einigkeit Wirtschanden abgeholfen und Verbesserungen eingeführt werden können. Namentlich haben die Weber und Weberinnen der Mechan. Weberei zu Linden alle Ursache, statt die Organisation zu lockern, sich fester zusammenzuschließen, denn nur dadurch können sie eine Verschlechterung ihres Arbeitsverhältnisses abwehren.

In der Württembergischen Spinnerei in Ludenwalde hat sich in den letzten Wochen eine Bewegung abgespielt, deren Ergebnis Regelung der Arbeitszeit und der Löhne ist, wozu letztere durch erstere eine geringe Erhöhung erfahren haben. Früher berechnete die Firma einmal die Woche zu 62 1/2 Stunden, dann wieder einmal zu 60 1/2 Stunden, doch der Lohn für eine volle Arbeitswoche blieb immer derselbe. Dieser Willkür ist durch Festlegung der Stundenlöhne ein für allemal ein Regel vorgeschoben und es sind feste Lohnnormen geschaffen worden, an die sich die Arbeiter halten können.

Es hielten

	früher pro Woche	jetzt pro Woche
Auspünger	50% 15,84 Mk.	50% 15,84 Mk.
Prempelrin	50% 10,80	50% 11,00
"	50% 10,85	50% 10,70
"	50% 11,52	50% 11,08
Wasser I	50% 16,12	50% 15,84
" II	50% 14,40	50% 15,24
" Frauen	50% 11,52	50% 11,08
"	50% 11,04	50% 11,52

Die Weber der Firma Herm. Bergmann, Mech. Weberei in Apolda, stehen in einer Bewegung zum Zweck der Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie der 10stündigen Arbeitszeit und besserer Behandlung. Die Firma hat dem Vorstehenden unserer dortigen Filiale gefälligst, sie wird versuchen, so schnell wie möglich sich Arbeitskräfte zu sichern. Bis dahin soll es kommen hauptsächlich Pflanz- und Wollstoffe in die Frage.

Die Arbeiter der Firma Gensch in Bismarck sind im Streik. Die Handwerker auf der Heberhöhe in Langenselb (Sachs.), so fast in allen Betrieben nach 11 Stunden gearbeitet wurde, erglerten einen schönen Erfolg. Nach zwei Versammlungen, in denen Geschäftsführer Jürgens aus Wahren über die Bedeutung des Streiks



stundentages sprach, erstarke der Verband ansehnlich und es wurde infolgedessen beschlossen, in zwei Fabriken den Gehaltsübertrag zu fordern. Von den in Betracht kommenden Firmen: Aug. Beckmanns- & Sandweg, wurde die Forderung von beiden bewilligt. Wir gratulieren unsere jungen Rekruten zu dem schönen Erfolg.

Die Weber der Firma M. Erlenz in M. Gladbach erhielten neben Einführung der Schußhaken eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 10 Proz.

In der Baumwollerei in Kruschen bei M. Gladbach haben die Weber eine 20prozentige Lohnerhöhung gefordert. Auf Verhandlungen will die Firma nicht eingehen.

Die Weber der Firma Wöge u. Co. in Friedland (Schles.) fordern Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Differenzen bei der Firma Franz Becker in Berlin sind beigelegt. Der tarifmäßige Lohn wird wieder bezahlt, ein entlassenes gewerliches Kommissionsmitglied wieder eingestellt.

**Ausland.**

**Oesterreich.** Der Streik der Textilarbeiter im Kapatal währt fort. Die Fabrikanten kämpfen noch immer mit allen Mitteln, um den Streik niederzurufen. Zum Teil ist den Streikenden das Arbeitsverhältnis gekündigt worden, womit man sie einschüchtern zu können glaubt. Diese Wirkung ist aber nicht erzielt worden, im Gegenteil hielten sich alle ihre Arbeitsbücher ab. Mander Schwachkopf hat freilich den Leistungen der Unternehmer Gehör geschenkt, was aber die im Kampfe Anskallenden nicht entmutigt. — Die Arbeiterkassette der Seidenfabrik Wilhelm Wastach in Bergstadt hat Lohnforderungen eingereicht. — Durch einen Streik der Saiten- und Klüschweber bei S. Pollak in Linz ist eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 6 Proz. erzielt worden; auf einzelne Artikel wurde eine Lohnerhöhung bis zu 20 Proz. erzielt. Unverschiedenes Feiern und Musterwechsel wird mit 30 Heller pro Stunde vergütet. Die Arbeitszeit ist eine neue und ist, und am Sonnabend ist um 4 Uhr nachm. Schluß der Arbeitswoche. Der 1. Mai ist ein Ruhetag. Die Organisation wird anerkannt. Die Vereinbarungen haben bis zum 1. April 1908 Gültigkeit. — Der Streik der Tuchweber bei der Firma Gebr. Jodl in Humptal wurde für beendet erklärt und über die Firma die Sperre verhängt. — Die Arbeiter der Tuchfabrik Josef Fürtz in Jglaun haben mit der Firma einen Lohnarbeitsvertrag auf drei Jahre vereinbart. — In der Spinnerei von J. W. Limburger in Ketten streifen die Arbeiter. Sie fordern Anerkennung der Organisation, Erhöhung des Tagelohnes um 15 Proz., Abschaffung des Gruppenlohn nach Feierabend, Berechnung des Morbaldahes nach den Angaben der Mägen an den Spinnmaschinen u. a. mehr. — Die Ausperrung der Textilarbeiter in Sternberg dauert fort, obwohl die Unternehmer sie zu alten Tauseln wünschen, doch wollen sie den Arbeitern keine Unterhandlungen antragen, die ihrerseits aber keine Veranlassung haben, den Unternehmern solche anzubieten. — Einen schönen Erfolg auf gütlichem Wege erzielten die Seiler der Firma August Koch, k. t. Postleiten in Wien X. Sie überreichten der Firma am 30. April ein Memorandum, in welchem sie angesichts der Teuerung um eine Aufbesserung ihrer Löhne herantreten und auch den Wunsch nach Regelung anderer Fragen aussprechen. In anerkannter Weise kam die Firma den Arbeitern entgegen und bewilligte: 1. Arbeiter in Wochenlohn erhalten eine Zulage von 2 Kr. pro Woche. 2. Für Morbaldarbeiter eine Erhöhung der Morbaldöhne um weitere 10 Proz., mit den berechneten 5 Proz. zusammen 15 Proz. 3. Anerkennung der Vertrauensmänner, welche aus meiner Werkstatt sein sollen und mit namhaft zu machen sind. 4. Freigabe des 1. Mai. 5. Samstag um 5 Uhr Feierabend. Dieses Uebereinkommen trat am 13. Mai in Kraft und soll vorläufig auf ein Jahr gültig sein. — Vom Chemiliedreherstreik in Wien ist zu melden, daß im ganzen nun fünf Firmen bewilligt haben. Bei den anderen Firmen dauert der Streik weiter.

**Schweden.** In Kuru und währt der Kampf der Textilarbeiter um das Koalitionsrecht fort. Die Unternehmer wenden sich jetzt von neuem nach Deutschland, um Streikbrecher zu bekommen. Der schwedische Textilarbeiterverband ersucht uns, den Zugang fernzuhalten.

**Uns der Arbeiterbewegung im allgemeinen. Deutsches Reich.**

Zur Holzarbeiterbewegung ist zu berichten, daß in den meisten Städten die Differenzen im Holzgewerbe beigelegt sind. In Dresden scheiterte das bekanntlich daran, daß die dortigen Unternehmer entgegen den Annahmen des Arbeitgeberverbandes in Berlin den Dresdener Tischlergehilfen der Möbel- und Baubranche einen einseitigen verschlechterten Tarif aufdrängen wollten. Darauf ließen sich diese aber nicht ein, sondern verlangten das bis zur Einigung über den neuen Tarif der bisherige Tarif weiter gelten sollte. Jetzt hat nunmehr offensichtlich die Tischler-Zwangseinigung und der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe bestätigt, daß kein bisheriges Verhalten wider Treu und Glauben vorliegt. Beide Organisationen verständigten sich in den Dresdener bürgerlichen Blättern Inserate, in denen sie die Ausperrung aufhoben und die Wiederaufnahme der Arbeit auf den 28. Mai ansetzten. Bis zur endgültigen Regelung der Tarifsache wird nach dem ersten Tarif gearbeitet. Die Holzarbeiter dürfen sich bis zum Erscheinen dieser Nummer unseres Blattes mit diesem Vorschläge einverstanden erklärt haben.

Die Ausperrung im Berliner Baugewerbe ist mit dem Pfingstfest perfekt geworden. Sie hat aber noch nicht den Umfang angenommen, den man nach den großen Worten der Bauhöfen noch eine Woche vor Pfingsten erwarten durfte. Später wurden sie ja schließlich schon kleinlaut, wie wir in voriger Nummer zeigten. Sie behaupten jetzt zwar, schon gegen 30 000 Arbeiter ausgesperrt zu haben; die Arbeiterorganisationen zählen aber kaum die Hälfte. — Auch in anderen Städten beginnt man indes mit Ausperrungen, z. B. in Oer a. — In Chemnitz haben die Maurer den Streik beschlossen.

Für den Adnigsberger Oafen ist Friede in Sicht, die Arbeitgeber scheinen des Kampfes müde geworden zu sein, obwohl sie zum Teil mit Streikbrechern versehen sind. Sie verlangten nun eine Erklärung von dem Gauleiter des Oafenarbeiterverbandes, daß die Unternehmer die Streikbrecher nicht mit Döcken und Nebelworn ausgerüstet haben. Diese Erklärung wurde gegeben, weil seine Behauptung gar nicht aufgestellt worden war. Da von der Abgabe jener Erklärung die Aufnahme von Friedensverhandlungen abhängig gemacht worden war, sind solche nun eingeleitet worden.

Die Seeleute in Hamburg und Altona sind, provokiert, in einen Streik getreten. Auf ein an den Verein Hamburger Weber gerichtetes Schreiben des Seemannsverbandes, in dem erneut der Vorschlag gemacht wird, mit einer von den Seeleuten zu wählenden Kommission in Verhandlungen einzutreten, hat der Verein ablehnend geantwortet. Da er aber den Seeleuten durchaus nicht die Möglichkeit abschneiden wollte, ihm ihre Wünsche und Beschwerden vorzutragen, so werde er jederzeit bereit sein, wenn von Seeleuten eine Kommission aktiver Seeleute gewählt wird und sich als solche legitimiert, sie anzuhören und ihre Wünsche in Erwägung zu ziehen. Vorbedingung einer solchen Vespredung sei aber selbstverständlich die Aufhebung des jetzigen Streiks. Auf diesen Leim werden aber die Seeleute kaum gehen. — Auch in anderen Häfen der Nord- und Ostsee befinden sich die Seeleute im Streik.

**Bewegungen im Töpfergewerbe.** Langwierige Kämpfe hat zurzeit der Verband der Töpfer zu führen. Schon seit geraumer Zeit kämpfen die Töpfer um Verbesserung ihrer Lebenslage in Ost- und Westpreußen, Pommern und Guben. Abwehrkämpfe werden geführt in Wütow in Pommern, Giesenbrügge, Grinib, Zeben in Hannover und in Thorn. — In neuerer Zeit ist in Danzig ein Generalstreik ausgebrochen, da die Unternehmer sich zu keinerlei Zugeständnissen bequemen wollen. Zugang nach allen angeführten Orten ist streng fernzuhalten. —

Die Fleischer Berlins bereiten eine Lohnbewegung vor. In einer vom Zentralverband der Fleischer einberufenen Versammlung der Schlächtergesellen Berlins und Umgegend wurde die Notwendigkeit einer Statistik über die Logisverhältnisse im Berliner Fleischergewerbe besprochen. Das Publikum könne sich fast durchweg keine Vorstellung machen, wie und wo die Fleischer gesellen vielfach kampieren mühten. Es sei daher sehr angebracht, über diese Verhältnisse eine Statistik aufzunehmen, um auch der breiten Öffentlichkeit zeigen zu können, wie die Lage der Gesellen in diesem Berufe in Wirklichkeit sei. Es gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die Versammlung beauftragt den Vorstand der Ortsverwaltung Berlin, die Aufnahme der Statistik über die Logis- und Arbeitsverhältnisse zu beschleunigen und die Frage einer Lohnbewegung für Berlin dabei in Betracht zu ziehen und in der nächsten Versammlung darüber Bericht zu erstatten.“

Der Nutzen der internationalen Verbindung tritt immer mehr in Erscheinung. Durch sie ist unter den Transportarbeitern der Klassen: Dardarbeiter, Eisenbahner und Fuhrleute ein Fortschritt erreicht worden, gemeinsames Vorgehen im Falle von Streitigkeiten und die Heranziehung von nichtorganisierten Arbeitern nach irgendwelchen Hauptplätzen in Europa, wo solche Streitigkeiten ausgebrochen sind, verhindern zu können.

Die Arbeiterorganisationen in Württemberg. Nach den Angaben der Organisationsleitungen beträgt die Zahl der Mitglieder in Württemberg zu Ende des Jahres 1906: Vereinigte („freie“) Gewerkschaften 54 626 (1905 37 444); Christliche Gewerkschaften 1945 (2105); Christliche Gewerkschaften 3218 (2801); Evangelische Arbeitervereine 4633 (4550); Katholische Arbeitervereine 14 955 (14 152). Zu erwähnen ist, daß in neuerer Zeit auch die Arbeiterinnen den Organisationen eher beitreten, was wohl der Arbeit der von den Organisationen aufgestellten Vertrauenspersonen und der ausgedehnten Agitation der Arbeiterführer zuzuschreiben sein dürfte. — Für uns ist hier vor allem bemerkenswert das rapide Wachstum der freien Gewerkschaften.

Die Metallarbeiterausperrung im Bezirk Frankfurt a. M. hat begonnen; sie beträgt bereits 13 000 Mann. 1000 Metallarbeiter sind auch in Saalfeld ausgesperrt worden.

Ein Streik der Wäckerer Berlins und Umgegend dürfte ausgebrochen sein, wenn dieses Blatt erscheint.

Die zweite internationale Konferenz für die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden S a n d l u n g s g e h ü l f e n - O r g a n i s a t i o n e n beginnt Mittwoch, 21. August 1907, nachmittags 1 Uhr, in Stuttgart, Neuland „Wahlstätte“, Wüchsenstr. 63. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Bericht der Internationalen Ausführistelle (J. A. S.); 2. Vereinigung mit der „Föderation Internationale des Employés“, Sitj Gent (Belgien); 3. „Sozialreform oder Selbsthilfe?“ Referat und Diskussion.

**Ausland.**

**Italien.** Die Landarbeiter der Provinz Parma führten einen Kampf, an dem 32 000 Personen beteiligt waren, siegreich durch; sie erlangen den elfstündigen Arbeitstag, der auch für das Sogefunde Geltung hat. Dieser Erfolg ist um so höher anzuschlagen, als die dortigen Landarbeiter noch vor wenigen Jahrzehnten die deutsche Arbeiterbewegung durch Entsendung von Streikbrechern schädigten.

Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung in Moskau. Nach den Angaben des Moskauer Gewerkschaftsartells zählen die Moskauer Gewerkschaften zum 1. März d. J. mehr als 35 000 Mitglieder. Es findet nicht nur eine Zunahme der Mitgliederzahl der schon existierenden Gewerkschaften statt, sondern es werden gleichzeitig auch neue Gewerkschaften gegründet. So entstand in letzter Zeit der Verband der Equipagenarbeiter und Sufschiede, und es treten in Funktion: der Verband der Teewäger, der Holzarbeiterverband, der Futtmacherverband (als Unterabteilung des Kleidermacherverbandes) und eine Filiale des Konduktorenverbandes in Min, Goub, Moskau; geplant wird die Errichtung einer ganzen Reihe solcher Filialen des Konduktorenverbandes in der Provinz. Nach den anfangs dieses Jahres stattgefundenen Konferenzen der Metallarbeiter, Textilarbeiter und Teewäger sollen in kurzem Konferenzen der Holzarbeiter, Schneider, Buchdrucker, Eisenbahner, Handlungsgeliffen und anderer Handlungsangestellter einberufen werden. Alsdann soll eine Konferenz aller Gewerkschaften des Moskauer Industriebezirks organisiert werden, um eine Basis für die allrussische Vereinigung aller Gewerkschaften zu schaffen.

**Transvaal.** In den Mandminen von Transvaal ist, wie englischen Blättern berichtet wird, der Streik ein fast vollkommener; die Arbeiter von 43 Bergwerken sind daran beteiligt. Es wird immer mehr offenbar, daß die Bergwerksbesitzer die weißen Arbeiter möglichst ganz ausschalten und nur Chinesen beschäftigen möchten. Auch zwischen Wuren und Eingewanderten suchen die Kapitalisten Klassenkonflikte zu schüren.

**Soziales.**

**Soziale Rechtfertigung.** Die Frage, wann Klassenmitglieder Anspruch auf Gewährung künstlicher Gebisse haben, ist immer noch nicht in einer Weise gerichtsseitig beantwortet worden, daß die Klassenmitglieder damit zufrieden sein könnten. Nach dem § 6 des Krankenversicherungsgesetzes sollen den Kranken auf Kosten der Krankenkassen u. a. Brillen, Buchbänder und ähnliche Heilmittel gewährt werden. Bei Festsetzung dieser Bestimmungen hat der Gesetzgeber wohl angenommen, daß zu den genannten Instrumenten, die schon mehr in Gebrauch waren, andere hinzukommen könnten, deren Art man noch nicht voraussehen konnte; andernfalls, d. h. bei Kenntnis solcher anderen Instrumente, hätte er diese wohl, wie Brillen und Buchbänder, namentlich aufgeführt. Künstliche Gebisse mögen zur Zeit der Einführung des Gesetzes noch nicht so allgemein benutzt worden sein, wie gegenwärtig, sonst wären sie sicher in einer Reihe mit Brillen und Buchbändern aufgeführt worden, denn wenn man eine Brille, ein Buchband als „Heilmittel“ nennt — Instrumente, die zur Heilung gar nichts beitragen, sondern allenfalls eine Verschlimmerung des Krankheitszustandes verhüten —, hätte man ein künstliches Gebiß oder künstliche Zähne gleichfalls als solche bezeichnen müssen. Keinesfalls würde der Gesetzgeber heute umhin können, sie zu den Brillen und Buchbändern ähnlichen Heilmitteln zu zählen, wenn er sich mit jener gesetzlichen Bestimmung wieder einmal befassen müßte. Jetzt haben aber, da die Motive zum Krankenversicherungsgesetz darüber nicht befragen, die Gerichte zu entscheiden, was ein „ähnliches Heilmittel“ ist. Selbstsamweise betrachten sie künstliche Zähne aber nur bebingt als der Brille, dem Buchband ähnliche Heilmittel; nicht in jedem Fall und unter allen Umständen, da die Benutzung künstlicher Zähne nicht immer unbedingt notwendig erscheint, um Leben und Gesundheit eines Patienten zu erhalten. Indessen soll — so entschied jüngst das Braunschweigische Verwaltungsgericht — nicht prinzipiell die Gewährung künstlicher Gebisse an Krankenrente abgelehnt werden, vielmehr sollen jedesmal die besonderen Umstände in Betracht gezogen werden. In einem Falle, welcher der Entscheidung des genannten Gerichts unterstellt wurde, forderle der Patient die Kosten eines Gebisses an Stelle

von vier oberen Schneidezähnen, die ihm fehlten. Das Gericht hat diesen Anspruch für berechtigt erklärt. Zu den Gründen wird aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein Klassenangehöriger nicht etwa schon aus dem Grunde ein künstliches Gebiß verlangen dürfe, weil hierdurch die durch den Zahnverlust beeinträchtigten Gesichtszüge ihr früheres Aussehen wiedergewinnen. Indessen ist im vorliegenden Falle nach ärztlichem Gutachten das Klassenmitglied durch das Fehlen der Schneidezähne magentranf geworden, und diesem Uebel kann eben nur durch Ergänzung der fehlenden Zähne begegnet werden. Immerhin wird auch in Fällen dieser Art das Krankenversicherungsgesetz nur sehr vorichtig angewandt werden müssen. Es muß beispielsweise auch die Möglichkeit gegeben sein, daß das Gebiß bei möglichem Preise in einer Weise gearbeitet ist, daß kostspielige Reparaturen oder gar baldige Erneuerungen nicht zu erwarten sind. Ein solcher minderwertiger Zahnerfaß räume gegebenenfalls auch überhaupt nicht ernstlich als Heilmittel in Betracht, und der Klassenarzt muß diesen Umstand bei seiner Berordnung berücksichtigen, gleichwie er im Hinblick auf die bekanntlich nicht unerheblichen Schwierigkeiten der Eingewöhnung an einen künstlichen Zahnerfaß zu erwägen hat, ob nach der individuellen Veranlagung des Betroffenen und nach dem Grade der ihm innewohnenden Einsicht und Willensstärke anzunehmen ist, daß die Berordnung ihren Zweck erfüllt.

An dieser Begründung fällt auf, daß das Gericht darauf Rücksicht nahm, daß das betreffende Klassenmitglied magentranf geworden war. Hätte es auch berücksichtigt, daß es hätte magentranf werden können? Unserem Erachten nach würde dies ebenso notwendig. Weiter fällt auf, daß auch die Möglichkeit gegeben sein müßte, daß der Zahnerfaß der Klasse nicht zu teuer werde. Soll das soviel heißen, daß das Klassenmitglied auf künstliche Zähne verzichten muß, wenn diese Möglichkeit nicht gegeben ist? Wir meinen, es wäre lediglich Sache der Klasse, auf solchen Zahnerfaß zu halten. Käht der jeweilige Stand der Zahntechnik ein Gebiß auf die Dauer teurer werden als der Klasse recht sein kann, so kann dies kein Grund sein, dem Patienten das „Heilmittel“ zu verweigern, so wenig wie ihm eine Brille verweigert wird, weil der Wügel zerbrechen oder ein Druckband zerweicht wird, weil die Feder zerbrechen kann. Betrachtet man den Zahnerfaß als Heil- oder Vorbeugungsmittel, so muß er eben gewährt werden, ohne Rücksicht auf seinen Preis; die Einnahmen einer Krankenkasse sind nach deren Ausgaben zu bemessen, nicht die Ausgaben nach den Einnahmen. Nichtig erscheint uns dagegen, daß die Schwierigkeiten der Eingewöhnung von künstlichen Zahnerfaß bei der Erwägung, ob er zu gewähren sei oder nicht, in Betracht gezogen werden sollen. Mancher hat sich vielleicht schon von der Krankenkasse ein künstliches Gebiß liefern lassen und benutzt es nicht. Dadurch ist die Klasse doppelt in Anspruch genommen: sie hat die künstlichen Zähne zu bezahlen und ohnehin die Heilmittel, welche die Behandlung von Magenkrankheiten erfordert, die vielleicht erst infolge Nichtbenutzung der gefestigten künstlichen Kauwerkzeuge entstanden sind.

**Organisation der Petersburger Arbeitslosen.** Der Aktionsauschuß des Arbeitslosenbelegiertenrates nahm auf seiner Sitzung am 13. Mai folgende Resolution einstimmig an:

„Der Aktionsauschuß des Arbeitslosenbelegiertenrates hat nach Erörterung der jetzigen Lage der Arbeitslosen und der Stellungnahme des städtischen Magistrats zu denselben folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Seit dem November 1905 war die Lage der Arbeitslosen noch niemals so elend und verzweifelt wie jetzt.
2. Noch niemals hat der Magistrat die Arbeitslosen mit solcher Verachtung und herausfordernder Härte behandelt wie jetzt.
3. Die Schließung der öffentlichen Arbeiten, die energische Weigerung des Magistrats, der den Arbeitslosen bisher dennoch Konzessionen gemacht hat, diese jetzt zu unterziehen, und endlich die Weigerung des Magistrats mit der Organisation der Arbeitslosen zu rechnen — dies alles weist darauf hin, daß die Arbeitslosen allein, ohne Hilfe der in Arbeit befindlichen Kollegen nicht genügend stark sind, um gegen die herzlose Grausamkeit der Bourgeoisie um Brot und Freiheit zu kämpfen. Dieser Umstand zollt vor der gesamten Petersburger Arbeitererschaft die Aufgabe auf, ihre arbeitslosen Kollegen durch ihre Geschlossenheit und Organisation zu unterstützen.
4. Namens ihrer Solidarität mit den arbeitslosen Kollegen, namens der zahllosen Weiden, die diese zu ertragen haben, sind alle Arbeiter verpflichtet, durch schnelle Organisation eines Delegiertenrates ihre Kräfte zusammenzuschließen.
5. In Hebergzeugung dessen, daß alle in Arbeit befindlichen Kollegen diesen Appell beantworten werden, wendet sich der Aktionsauschuß an alle Arbeitslose mit der Bitte, sich jeglicher verfrühten isolierten Aktionen zu enthalten.

Gleichzeitig erucht der Aktionsauschuß die Komitees der sozialistischen Parteien (Petersburgs), die Einberufung eines allgemeinen Delegiertenrates zu beschleunigen.“

Ein Beitrag zur Ausbeutung der Heimarbeiter. Ein Veteran der Arbeit schreibt dem „Machener Volksfreund“: Die Inzinate der Firma William Prym u. Comp., in welchen regelmäßig „Gute, lohnende Hausarbeit“ angeboten wird, veranlassen mich, zu versuchen, meine Invalidenten durch „gute, lohnende Hausarbeit“ etwas aufzubessern. Am 26. April begab ich mich, mit meiner Gausartate ausgerüstet, zu dem bewußten Wau in der Peterstraße. Eine Stunde später sah ich zu Hause, vor mir ein Paket, enthaltend 30 000 Pfaten und Oefen, dazu 500 Blatt Papier. Meine Aufgabe war, diese 500 Blatt Papier zu falten, in jedes Blatt 30 Pfaten und 30 Oefen zu zählen und das ganze nach Art der früheren luberlosen Briefe zu verpacken. Nach sieben Tagen hatte ich das mühsame Werk vollbracht, und in der Erwartung des „guten Lohnes“ stellte ich mich wiederum in der Peterstraße ein. Mit 72 Jahren hat man nun schon manches erlebt, schlimme und minder schlimme Zeiten. Mehr als 55 Jahre genos ich die Weiden und Freuden eines Machener Webers, machte alle Stappen der Textilarbäche vom Handstuhl bis zur heutigen Höhe mit, jah die guten Löhne der sechziger und die schlechten Löhne der siebziger Jahre und habe die langsame Steigerung der Löhne in den jüngsten zwanzig Jahren mitgemacht und miterstritten. Man wird mir wohl gewiß glauben, daß akku hohe Erwartungen mich nicht befechten; doch wählte ich den kommenden Lohn immer noch des Mitnehmers wert. Wald hatte ich abgeliefert; ein Mädchen — mehr noch Kind — fragte, ob ich neue Arbeit holen wollte. Man ist ja so gültig in der Peterstraße! Der Lohn für die erste „lohnende Arbeit“ bleibt der Firma zur Sicherheit stehen. Doch bekommt man einen Zettel, woraus man sein Guthaben ersuchen kann. Ich konnte das meilige zunächst nicht erfahren, da ich meine Brille nicht bei mir hatte. Dann aber belehrte mich eine gütige Person, die ich um Ausruhm bat, daß meine siebenstägige Arbeit mit insgesamt vierzig Pfennigen bewertet worden war. „Nehmen Sie neue Arbeit mit?“, fragte man im Ausgaberaum. „Was? vier Groschen für jeden Tagel? Wo bleibt der Wagen dabei?“ Ich habe der Firma Prym die vierzig Pfennige nicht geschenkt — wer wollte einen solchen Mann befechten; ich nahm aber auch keine neue Arbeit. Die „gute und lohnende Hausarbeit“ an der Hunderte von Wüttern und Tausende von Kindern des weiten Machener Bezirks bis tief in die Nacht hinein arbeiten, ist ein so fluchwürdiges Zeichen der heutigen Kultur, daß die Sprache zu arm ist, um dafür die richtigen Worte zu finden.

**Bereinsgesellschaftliches.**

Eine zum Verein gekempfte Einzelmitgliedchaft. Unter dieser Spitzmarke berichteten wir in Nr. 18 über eine gerichtliche Aktion gegen die Einzelmitgliedchaft Großhändler des Quilich



Textilarbeiterverbandes, an der die Polizeibehörde die Tatbestandsmerkmale eines selbständigen Vereins erblidete. Der dortige Bevollmächtigte des Zentralvorstandes, Kollege Fritsch, wurde von der Polizeibehörde mit einem Strafmandat bedacht, weil er den „Verein“ nicht angemeldet hatte und weil kein Statut entworfen worden war. Fritsch beantragte richterliche Entscheidung. Vom Schöffengericht Wolfenstein wurde er freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft beruhte sich aber nicht bei dem Urteil, und die Sache kam vor das Landgericht Chemnitz. Auch dieses sprach Fritsch frei. Die Staatsanwaltschaft legte dagegen beim Oberlandesgericht Revision ein. Dasselbe verwurft aber die Revision und stellte sich damit auf den Standpunkt des Landgerichts Chemnitz, das in dem Zusammenschluß der Großhändler d. Textilarbeiter eine Vereinstätigkeit im Sinne des sächsischen Vereinsgesetzes nicht zu erblicken vermochte. Es bleibt nun also bei dem Fritschspruch.

**Aus Unternehmerkreisen.**

Die Arbeitgeberorganisationen gehen nach dem Bericht der württembergischen Gewerbeinspektion neuerdings dazu über, auch die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in ihren Interessenkreis zu ziehen. Es heißt darin diesbezüglich: „Die Früchte des Zusammenschlusses der Unternehmer machen sich heute durch eine viel ruhigere und würdiger Behandlung der Arbeiterfragen seitens des einzelnen bemerkbar. Die Erziehungsarbeit der Unternehmerverbände ist unentbehrlich. Dadurch, daß alle Streitfragen eine kollektive Behandlung erfahren, werden sie in den Gedankenkreis eines jeden Verbandsmitglieds eingeführt; sie müssen von ihm innerlich verarbeitet werden. Die verschiedenen Gedanken und Anschauungen werden in gemeinsamen Erörterungen gewürdigt und geklärt. Der Zwang, sozialpolitische Probleme vom Standpunkt der eigenen Interessen durchzuarbeiten, sich in ihnen zurechtzufinden und sie mit den Interessen weiterer Kreise in Einklang zu bringen, befähigt die Eingezogenen, der man in Handwerkerkreisen früher bei der Beurteilung der Arbeiterfragen begegnet ist. Jedenfalls hat diese soziale Erziehungsarbeit der Verbände wesentlich dazu beigetragen, den friedlichen Abschluß von Tarifverträgen zu erleichtern. Was von besonderem Interesse verdient auch die Tatsache hervorgehoben zu werden, daß durch die Unternehmerverbände des Handwerks und der Großindustrie der früher mit Fähigkeit festgehaltene Grundsatz, nur mit den einzelnen Arbeitern eines Werks und nicht mit deren Verbandsleitern zu verhandeln, allmählich verlassen wird.“ Den Unternehmern in anderen Bundesstaaten zur Nachahmung empfohlen.

**Aus Handel und Industrie.**

Deutschlands Außenhandel im April 1907. Nach dem am 26. d. Mts. erscheinenden, vom Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenen Aprilheft der „Monatlichen Nachrichten über den auswärtigen Handel“ beträgt im April 1907:

- 1. die Einfuhr 5166 906 Tn. verschiedene Waren, 65 407 Stück Vieh und andere Tiere, 882 600 Güte, 176 Fahrzeuge, 144 169 Uhren, 29 085 Paß Salzheringe, fremden Fangs, 1221 Stüde Bienen, 86 414 Sektol. Bier, 126 772 ganze Flaschen Schaumwein;
- 2. die Ausfuhr 8 978 888 Tn. verschiedene Waren, 12 402 Stück Vieh usw., 653 254 Güte, 126 Fahrzeuge, 84 849 Uhren, 110 Paß Salzheringe, 72 Bienenstöcke, 48 084 Sektoliter Bier, 120 815 ganze Flaschen Schaumwein.

In der Einfuhr ragen besonders hervor: Mineralische und fossile Kohlenstoffe, Mineralien mit über 8 Millionen Tonnen = über 60 v. H. der Gesamttonnengahl; Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft und andere tierische und pflanzliche Naturerzeugnisse, Nahrungsmittel und Genussmittel mit 1 600 560 Tonnen = über 30 v. H. der angegebenen Tonnengahl, technische und pharmazeutische Erzeugnisse, Farben und Farbstoffe mit 146 727 Tonnen, unedle Metalle und Waren daraus mit 101 440 Tonnen, wovon auf Eisen und Eisenlegierungen 76 807 Tonnen treffen.

Hauptsächlich beteiligt sind an der Einfuhr: Mineralische und fossile Kohlenstoffe usw. mit 2 962 888 Tn. = über 74 v. H. der angegebenen Gesamttonnengahl; Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft usw. mit 802 604 Tn., unedle Metalle und Waren daraus 309 102 Tn., wovon 284 880 Tn. auf Eisen und Eisenlegierungen entfallen und chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Farben und Farbstoffe mit 217 816 Tn.

Gegen den Vormonat ergeben sich größere Verschiebungen in der Einfuhr von land- und forstwirtschaftlichen usw. Erzeugnissen bes. I. Rühmittel mit einer Zunahme von 119 611 Tn., bei mineralischen und fossilen Kohlenstoffen, Mineralien mit einem Anstieg von 18 788 Tn. — Erze usw. erfahren eine Abnahme um 318 888 Tn., Mineralien und sonstige fossile Kohlenstoffe eine solche um 55 693 Tn., während ferner bei chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen um über 28 000 Tonnen weniger, bei Waren aus Steinen oder anderen mineralischen Stoffen mit einer Zunahme um 66 882 Tn., bei unedlen Metallen mit einem Mehr von über 24 000 Tn. — Eisen über 18 000 Tn. +; in der Einfuhr bei Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft (— 18 551 Tn.), mineralischen und fossilen Kohlenstoffen usw. (+ 808 585 Tn.), chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen usw. (— 17 004 Tn.), unedlen Metallen (— 12 088 Tn., Eisen usw. — 18 227 Tn.).

Seit Januar d. J. betrug die Einfuhr 18 018 629 Tn. verschiedene Waren, 886 027 Stück Vieh, 1 874 790 Güte, 369 Fahrzeuge, 889 085 Uhren, 321 848 Paß Salzheringe, fremden Fangs, 1225 Bienenstöcke, 184 585 Sektoliter Bier, 508 550 ganze Flaschen Schaumwein; die Ausfuhr 14 177 782 Tn. verschiedene Waren, 27 228 Stück Vieh, 2 228 198 Güte, 508 Fahrzeuge, 51 812 Uhren, 1221 Paß Salzheringe, 140 Bienenstöcke, 178 903 Sektoliter Bier, 889 916 ganze Flaschen Schaumwein.

**Patent-Bericht.**

Mitgeteilt vom Patentanwalt Dr. Fritz Ruchs, diplomierter Chemiker und Ingenieur Alfred Hamburger, Wien, VII., Siebenbrunnengasse 1. Auskünfte in Patentangelegenheiten werden Abonnenten dieses Blattes unentgeltlich erteilt. Gegen die Erteilung unten angeführter Patentanmeldungen kann binnen zweier Monate Einspruch erhoben werden. Auszüge aus den Patentbeschreibungen werden von dem angeführten Patentamt-Bureau möglichst berechnet.

**Oesterreich.**

Ausgelegt am 1. Mai 1907. Einspruchsfrist bis 1. Juli 1907: Klasse 76a. Schöber, Josef, Maschinenfabrik in Ober-Rosenfeld bei Weichenberg (Böhmen). — Weg für Neutronen zum Auslösen von Glimmpfählen: Die Neutronen sind in gedrehter Papiermasse eingeklebt, welche an der die Trommeloberfläche bildenden Seite mit einem dünnen Klebefeststoff versehen ist.

Ausgelegt am 15. Mai 1907. Einspruchsfrist bis 15. Juli 1907: Klasse 8b. Schuber, Max und Wehner, Otto, Gebrüder in Cottbus. — Wand- oder Stoffrolle mit Wehbestand: Das mit aufgewickelter Wehband trägt eine Wehbestellung, deren Wehbestellung entsprechend der Zunahme der Durchmesser beim Aufwickeln aufeinander folgenden Band- oder Stoffwindungen verlagert oder verlagert ist, je nachdem das Wehband unter- oder oberhalb der Ware liegt.

**Deutsches Reich.**

Ausgelegt am 2. Mai 1907. Einspruchsfrist bis 2. Juli 1907: Klasse 86c. Karl Danneberg, Nürnberg, Obere Birkenmeyerstr. 58. — Bandflughilfe.

Klasse 86c. Hugo Fischer, Varmen, Feldstr. 51. — Bandwehstuhl zur Herstellung von Bändern mit aufgelegtem Bierbesatz.

Klasse 86d. M. Progen u. Sohn, Berlin. — Teppichwehstuhl zur Herstellung von Teppichen großer Breite. (Zusatz zum Patent 127 210.)

Klasse 88h. Gustav Hiller, Zittau i. S. — Wehbetten-Anderschvorrichtung.

**Vermischtes.**

Der Gold- und Silbergewinn der Vereinigten Staaten ist jetzt nach dem Bericht der dortigen geologischen Landesuntersuchung für das Jahr 1905 festgestellt worden. Die darin mitgeteilten Ziffern sind besonders beachtenswert, weil sie einen ganz erstaunlichen Aufschwung in der Goldgewinnung und einem merkwürdigen Niedergang in der Silbererzeugung nachweisen. Die Goldproduktion belief sich in dem genannten Jahre auf rund 4 1/2 Millionen Unzen Feingold im Wert von etwas über 88 Millionen Dollar oder 350 Millionen Mark. Das bedeutet eine Zunahme gegen das Vorjahr 1904 um einen Wert von fast 7 1/2 Millionen Dollar oder über 30 Millionen Mark. Der reichende Aufschwung des Goldbergbaues in den Vereinigten Staaten hat im Jahre 1902 eingesetzt, hat dann im Jahre 1901 bis 1903 eine vorübergehende Stotung erfahren, seit 1904 aber weitere Fortschritte aufzuweisen, indem schon im letztgenannten Jahre für rund 28 Millionen Mark mehr Gold gewonnen worden als 1903. Es wird als sehr wahrscheinlich betrachtet, daß das Jahr 1905 eine neue Vermehrung der Goldproduktion um wenigstens den gleichen Betrag ergeben wird. Der Silberanteil dieses Aufschwunges entfällt auf das jüngste Goldland der Vereinigten Staaten, nämlich auf Alaska, wo der Ertrag allein um fast 26 Millionen Mark gestiegen ist; eine weitere Zunahme von je 4 Millionen Mark kam auf die Staaten Colorado, Nevada und Utah. In einigen Goldbezirken sind freilich auch Abnahmen zu verzeichnen gewesen. Vorläufig steht übrigens Alaska in der Goldgewinnung erst an dritter Stelle, indem es in erster Linie von Colorado und in zweiter von dem altberühmten Goldstaat Kalifornien übertroffen wird. Weiterhin folgen nach dem Goldertrag geordnet die Staaten Süd-Dakota, Nevada, Utah, Montana, Arizona, Oregon und Idaho. Die Silbergewinnung der Vereinigten Staaten belief sich 1905 auf etwas mehr als 56 Millionen Feinunzen im Wert von 137 Millionen Mark. Da der Silberpreis eine Steigerung erfuhr, ist der Gewinn aus dem Silberbergbau gewachsen, trotz einer Abnahme der Produktion um mehr als 1 1/2 Millionen Unzen.

Billige Arbeitskräfte. Die Auswanderung russischer Landarbeiter aus Rußisch-Polen nach Deutschland, die gewöhnlich im Frühjahr stattfindet, hat in diesem Jahre nicht den gewöhnlichen Umfang angenommen. Nach dem „Warsch. Dnevnik“ hat sie in diesem Jahre zwei- und mehrfach zugenommen. In früheren Jahren gingen bloß die in Grenzorten lebenden Arbeiter nach Deutschland hinüber, während in diesem Jahre Tausende aus den Gouvernements Petroskoi, Madom, Siedlez u. a. auf Grund von Legitimationskarten und Arbeitspässen aus den Grenzortsgemeinden über die deutsche Grenze gehen. Die Zunahme der Einwanderung nach Deutschland ist zum Teil zurückzuführen auf die verstärkte Tätigkeit preussischer Agenten, die in den Dörfern Rußisch-Polens Landarbeiter werben. Die über die Grenze gehenden Landarbeiter müssen auf deutscher Seite eine spezielle Gebühr von 1 Mk. zahlen.

**Mißstände im Textilgewerbe.**

In Orlitz währet die tägliche Arbeitszeit meist noch 10 1/2 bis 11 Stunden. Der § 105b der Gewerbeordnung scheint für die dortigen Textilindustriellen gar nicht zu existieren, denn in diesen Betrieben wird fast regelmäßig Sonntags gearbeitet. Aber nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen werden zur Sonntagsarbeit herangezogen. Damit das nicht so auffällt, benutzen die Arbeiterinnen der Firma Iwan u. Samann (Färberei und Appretur) am Sonntag einen anderen Eingang, um unbemerkt an die Arbeitsstelle zu gelangen. Der Lohn ist hier trotz der langen Arbeitszeit ein sehr geringer; 6—7 Mk. für Frauen und 12—13 Mk. für Männer pro Woche sind keine Seltenheiten. In den Webereien und Tuchfabriken werden vorzugsweise weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Wenn zugereiste Weber um Arbeit nachfragen, so erklärt man ihnen gleich, daß sie nur bis 12 Mk. verdienen können, und weil der Unternehmer sehr gut weiß, daß in dem teuren Orlitz ein Fremder mit 12 Mk. nicht auskommen kann, so nimmt er ihn nicht in Arbeit. Es gibt da billige und willige weibliche Arbeitskräfte genug. Die Folgen der überlangen Arbeitszeit und niedrigen Löhne zeigen sich aber gerade bei den Arbeiterinnen in erschreckender Weise. Ausgemergelt bis aufs Äußerste, werden sie schon in jungen Jahren krank und hiech, und kaum 30 Jahre alt, sind sie arbeitsunfähig, invalid. Das hat sich wieder recht deutlich gezeigt bei der Ortlitz-Fabrik Nr. 14, welcher eine Anzahl kleinerer Textilbetriebe angeschlossen sind. Diese Fabrik hat in ihrem letzten Rechenschaftsbericht ein Defizit von über 5000 Mk. aufzuweisen, welches dadurch entstanden ist, daß die Zahl der Krankenstage der weiblichen Mitglieder in unheimlicher Weise gestiegen ist. Nun müssen die Kostenmitglieder zwar höhere Beiträge bezahlen, aber die wirkliche Ursache bleibt bestehen. In welcher Weise muß aber auch die häusliche Arbeit, überhaupt die Familie nachschleppen werden, wenn eine Frau, welche die ganze Woche täglich 11 Stunden in der Fabrik arbeitet, auch noch des Sonntags in die Fabrik muß! Es wird endlich Zeit, daß die Textilarbeiter andere Zustände herbeiführen. — Noch trauriger ist es in bezug auf die Wohnverhältnisse im benachbarten Leisnisch und in Seidenberg. Verhöre gegen die Arbeiterschaftbestimmungen kommen auch an diesen Orten häufig vor und besonders aus Seidenberg wird berichtet, daß es dort fast zur Regel geworden sei, daß die Frauen des Sonntags in die Weberei gehen und dort Ketten andrehen. Der Gewerbeinspektion scheint das noch nicht bekannt zu sein. Die Konjunktur in Seidenberg wie in Leisnisch ist äußerst günstig und doch sind die dortigen Arbeiter nicht dazu zu bewegen, für Verbesserung ihrer Lage etwas zu tun. An beiden Orten herrscht Arbeitermangel und es wäre ein Leichtes für die Arbeiter, etwas zu erzielen, wenn sie organisiert wären. Da sie die Notwendigkeit der Organisation aber auch heute noch nicht einsehen wollen, so wird die jegliche gute Konjunktur wieder vorübergehen, ohne daß die Arbeiter aus ihr Nutzen ziehen. Wie lange noch wollen denn die Arbeiter den Unternehmern die Riesengewinne einer guten Konjunktur allein überlassen?

In Schwelbitz bei der Firma Rosenthal sind schon seit einem halben Jahre Betriebsstörungen an der Tagesordnung, für welche die Arbeiter nur unzureichend entschädigt werden. Schlechte Ketten, schlechter Schuß, Mangel an Material wechseln sich ab. Unter diesen Umständen selbst genannte Firma selbstredend an Arbeitermangel; Ältere Arbeiter kehren ihr immer mehr den Rücken. Ein bezeichnender Vorgang spielte sich vor kurzem ab. Eine Anzahl Arbeiter verlangte für Verarbeitung schlechter Kopie ein paar Pfennige Entschädigung. Ein Arbeiter rechnete dem Chef vor, daß er die ganze Woche nur 12 Mk. verdient habe, wovon aber noch 8 Mk. in Abzug gebracht wurden, so daß für die fünfköpfige Familie nur 9 Mk. übrig blieben. Der Chef gestand selber zu, daß er damit keine drei Tage auskommen könnte. Arbeiter, merkt's Euch! Auf die Organisation, die für Erhöhung der Löhne eintritt, ist der Herr aber natürlich nicht zu sprechen. Da es aber freilich keine Anlagen gemäht ist die Anlage der Organisation geradezu eine Notwendigkeit für die Arbeiter.

**Berichte aus Fachreisen.**

M. Glabach. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Eberh untere Mitgliederversammlung stattfindet. Genosse Schulte aus Köln wird einen Vortrag halten über: „Der Sternenhimmel, unter besonderer Berücksichtigung des Planetensystems, und unsere Mutter Erde.“ Im Anbetracht des lehrreichen Vortrages wird ein volles besetztes Haus erwartet.

Gemelingen. Am 15. Mai hielt die Filiale Gemelingen eine Mitgliederversammlung ab. Kollege Johann Franz erstattete den Kartellbericht. Kollege Döbler, Gauleiter, empfahl in längeren Ausführungen den Tarif der Braunschweiger Zute-Konferenz zur Annahme, womit die Einführung eines allgem. gültigen Tarifs für die Zute-Fabriken angebahnt werden würde. Es entspann sich hierüber eine längere Debatte. Man wurde sich einig, den Braunschweiger Lohnarif als Grundlage zu nehmen und den Verhältnissen der hiesigen Fabrik entsprechend anzuarbeiten. Dazu wurde eine vierzehntägige Kommission gewählt. Unter Verschiedenes entspann sich eine lebhafte Debatte über eine Betriebsförderung in unserer Fabrik, welche durch einen Bruch der Hauptwerke verursacht wurde. Gauleiter Döbler erwies auf die Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches sowie der Gewerbeordnung hin, welche für die Entschädigung der Arbeiter maßgebend sind. Der Betrieb ruhe nämlich vom 7. Mai bis 15. Mai gänzlich. Die Arbeiter haben erheblichen Lohnausfall. Die Zustände in den Banungen der Galizier wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Der Vorstehende wurde beauftragt, wegen dieser Zustände bei der Behörde um Abänderung nachzusuchen; man glaubt, daß sie auf die Dauer im Interesse der Allgemeinheit nicht gestattet werden können.

Langerfeld (Rheinland). Am 2. Juni unternahm die Kommission des Wahlkreises Hagen-Schwelm einen Ausflug in unsere hiesigen Banungen. Die Kollegen werden ersucht, sich ihnen Mann für Mann anzuschließen.

Limbad (Sa.). In unserer letzten abgehaltenen verhältnismäßig gut besuchten Mitgliederversammlung wurde vom Gauleiter, Kollegen Reichel, ein Vortrag über „Zweck und Nutzen eines Geschäftsführers für unsere Filiale“ gehalten. Die Mitglieder waren vorher schon durch ein dem Verbandsblatt beigefügtes Flugblatt von der beabsichtigten Anstellung eines Geschäftsführers und Erhebung eines örtlichen Zuschlages von 5 Pf. pro Mitglied und Woche in ausführlicher Weise unterrichtet worden, und gleichzeitig wurde eine Urabstimmung in die Wege geleitet. Nachdem vom Vorsitzenden das Resultat der Urabstimmung bekannt gegeben worden war, wonach die große Mehrheit unserer Mitglieder dem Antrage des Vorstandes zustimmte, beschloß die Versammlung einstimmig, den örtlichen Zuschlag von Juni ab zu erheben und am 1. Juli einen Geschäftsführer anzustellen. Zu bedeuten ist hierbei, daß der größte Teil der Mitglieder unserer Nachbarfiliale Ruppord unserem Wunsch, sich uns in dieser Angelegenheit anzuschließen, noch ablehnend gegenübersteht. Offenlich gelingt es den dortigen einsichtigen Kollegen noch, die übrigen Mitglieder von ihrem ablehnenden Standpunkte abzubringen. Für Anstellung eines Geschäftsführers haben sich auch die Rupporder Kollegen mit Ausnahme einiger zustimmend erklärt, nur in bezug auf die finanzielle Frage stehen dieselben auf dem Standpunkte, daß der Zuschlag von der Hauptkasse zu geschossen werden solle. Der Zentralvorstand läßt hierzu erklären, daß er nur für den Fall einen Zuschlag gewährt, daß alle in Frage kommenden Mitglieder einen Zuschlag leisten. Tun die Mitglieder selber ihr mögliches und es fehlt dann noch etwas, tut auch er sein mögliches. Andernfalls könnte er mit einem Orte keine Ausnahme machen. Alle können aber auch nicht in solchem Maße unterstützt werden, daß sich ein Votalschlag überhaupt erübrige. Ist es denn in Ruppord wirklich nicht allen Mitgliedern möglich, einen geringen Votalschlag zu leisten? Oder fehlt es bei vielen nur an dem Willen dazu? Beim Zentralvorstand liegen die Dinge umgekehrt. Das Reich ist wichtig, aber der Geist, lies: Kasse, ist schwach.

Pulsnitz. Eine leidlich gut besuchte öffentliche Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung fand am 24. Mai im Gasthof zu Böhmisch-Bollung statt. Frau Wandrich, Dresden sprach über: „Die Stellung der Frau in der Textilindustrie“. In vortrefflicher Weise verstand es die Rednerin, den Anwesenden, besonders den Frauen die Ungerechtigkeiten der heutigen Gesellschaftsordnung vor Augen zu führen. Der reiche Beifall am Schluß des Referats sowie nach dem Schlusswort bewies, daß mit diesen Ausführungen allen von Herzen gesprochen war. Offenlich richteten sie sich darauf und treten dem Deutschen Textilarbeiterverband bei; denn nur durch festen Zusammenschluß können wir die Verhältnisse bessern.

Witzburg. Am Sonntag, 25. Mai, fand im „Armenbäcker Hof“ eine Textilarbeiterversammlung statt, welche von den Rärbern, Delegierten und den anderen Arbeitern in den Gemischten Waisenanstalten gut besucht war. Das Referat hatte Gauleiter A. Brüggemann. Thema war: „Welche Organisation kommt für die Arbeiter in Betracht?“ Referent besprach eingehend die Organisation der Färber, Eich Halle, welche nie für die Forderungen der Arbeiter werden tun können, was zu deren Wohle notwendig sei. Dafür spreche schon das Statut, denn die postulate Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes, die Zulassung von Streiks, Kranken- und Minderungsunterstützung fehlten darin. Der Redner wandte sich scharf gegen alle gelben und gelblichen Vereine und legte dann die Ziele des Deutschen Textilarbeiterverbandes dar, dem sich auch alle Anwesenden angeschlossen.

Mehrdt. In unserer letzten Generalversammlung, welche am Samstag, den 1. Juni, stattfand, wurde unter anderem beschlossen, den bis jetzt erhobenen freiwilligen Votalschlag von 5 Pf. pro Woche vom 1. Juli dieses Jahres an obligatorisch, also als Pflichtbeitrag zu erheben. Sämtliche Verbandskollegen und Kolleginnen, welche der Filiale Mehdt des deutschen Textilarbeiterverbandes als Mitglieder angehören, werden darauf aufmerksam gemacht, daß vom 1. Juli dieses Jahres an nur noch Verbandsmarken zu 25, 35, 40 und 55 Pf. zu haben sind. Die Karten mit den 5 Pfennigmarken kommen dann in Wegfall.

Wir wollen nicht unterlassen, hier nochmals die Gründe klarzulegen, welche zur obligatorischen Einführung des 5 Pf.-Beitrages führten. In einer Kartellung, welche im vorigen Herbst in der Wirtschaft Giebel tagte, wurde ein Antrag unserer Mitglieder-Versammlung auf Schaffung eines Arbeiter-Sekretariats einstimmig angenommen. Dieser Beschluß soll demnächst verwirklicht werden. Nun kostet aber ein Arbeiter-Sekretariat Geld. Um dieses aufzubringen, ist im Kartell beschlossen worden, von jedem Mitgliede der angeschlossenen Korporationen pro Woche 5 Pf. zu erheben. Also, Kollegen und Kolleginnen, sind wie verpflichtet, vom 1. Juli dieses Jahres an von jedem Mitgliede pro Woche 5 Pf. an das Kartell abzuführen. Es entsteht nun aber die Frage: Wie bringen wir dieses Geld auf? Die beste Lösung war unseres Erachtens die Erhebung des 5 Pf.-Beitrages als Pflichtbeitrag.

Wie die Kollegen sich nach alle erinnern werden, wurde im vorigen Frühjahr bei Festsetzung unseres damaligen Vorstandes ein freiwilliger 5 Pf.-Beitrag beschlossen. Fast sämtliche Mitglieder haben eine Beitrag diesen Beitrag bezahlt. Aber nach und nach wurden es immer weniger. Einzel nach dem anderen bröckelte ihm um die Bezahlung herum, bis schließlich noch etwa ein Drittel der Mitglieder übrig blieb, welche diesen Beitrag zahlten. Besonders seit Anstellung unseres Geschäftsführers glauben viele Kollegen, es nicht mehr nötig zu haben, die 5 Pf. zu geben. Und doch ist die Zustimmung von Seiten des Zentralvorstandes zur Anstellung des Geschäftsführers nur unter der Bedingung erfolgt, daß die Kollegen am Ort auch etwas zu den Kosten beitragen. Das muß immer und immer wieder betont werden. Diejenigen Kollegen, welche also meinen, daß wie mit einem Beitragsrückgang von 2 Pf. pro Woche unserer Verpflichtung hätten nachkommen können,



werden hoffentlich einsehen, daß das nicht der Fall ist und sich in das Unvernünftliche schiden.

Vor allen Dingen aber erwarten wir, daß wegen des Sonderbeitrages kein Kollege dem Verbands den Rücken kehrt. Jeder einseitige Kollege wird abgewiesen, daß es in unserer schwarzen Sack, wo die Gegner die größten Anstrengungen machen, alles an sich zu reißen, wo denselben der ganze Zentrumsapparat sowie eine ganze Anzahl von Beamten zur Verfügung steht, für uns unbedingt nötig ist, über eine freigestellte Kraft zu verfügen.

Zell i. Baden. Nach Ausführungen des christlichen Führers Eistenhild sind die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Textilarbeiter da bessere, wo die christliche Organisation dominiert als dort, wo die laie überwiegt. Hier erfreut sich die christliche Organisation einer ansehnlichen Stärke, doch die Arbeitsverhältnisse sind recht mangelhaft, so daß sie da, wo die christliche Organisation „nig lau liegen“ hat, kaum schlechter sein können; ein Beweis, daß Herr Eistenhild stark übertrieben hat. Die Löhne sind verhältnismäßig gering und lassen nichts von der „Allmacht“, aber alles von der Ohnmacht der christlichen Organisation merken. Betriebsgepflogenheiten trifft man hier an, wie man sie nur noch selten anderswärts finden dürfte, z. B. daß die Arbeiter die zum Reinigen der Betriebsräume nötigen Schmutzwäsche von ihrem Gelde anschaffen. Die Arbeitsverhältnisse sind im ganzen so schlecht, daß hier chronischer Arbeitermangel herrscht, dem abzuhelfen sich die Unternehmer oft an das Ausland um Arbeitskräfte wenden müssen. Nichts spricht von der „Allmacht“, aber alles von der Ohnmacht der christlichen Organisation; wo gar keine Organisation vorhanden ist, kann es kaum schlechter sein. Wenn Herr E. das nicht glaubt, mag er sich einmal an Ort und Stelle überzeugen, in welchem Kontrast seine hochtrabenden Worte zu den tatsächlichen Verhältnissen stehen.

Literatur.

„Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“. Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Herausgegeben von Eduard Bernstein. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten. 1. Teil: Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes. 17 Heite à 30 Pf.

Von diesem Werk sind bis jetzt die ersten drei Lieferungen erschienen. Aus dem Inhalt nennen wir: 1. Kapitel: Berlins Arbeiter am Vorabend der Märzrevolution. 2. Kapitel: Berlins Arbeiter in den Märztagen. 3. Kapitel: Die Sammlung der Arbeiter im Revolutionschaos. 4. Kapitel: Der erste Berliner Arbeiterkongress und sein Werk. 5. Kapitel: Die Arbeiter und die letzten Revolutionskämpfe.

Der Verfasser schildert unter Beibringung reicher Urkundenmaterials die Zeit der 48er Revolution und die Anteilnahme der Berliner an dieser Bewegung. Mit großem Interesse wird der Leser die Schilderungen der Barrikadenkämpfe verfolgen. Er sieht die damaligen Volksversammlungen mit ihren Forderungen und ihren Rednern und gewinnt ein lebhaftes Bild der Zeitverhältnisse. Bernstein schildert, wie langsam und mühevoll agitiert und organisiert werden mußte, um Berlin zu der Hauptstadt der sozialistischen Welt zu machen.

Bestellungen auf das im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ erscheinende Werk nimmt jede Buchhandlung und jeder Kolporteur entgegen.

Briefkasten.

Nach Elmshorn. Sie meinen wohl den Bericht über die Mitarbeiter? Ueber sie ist von uns summarisch berichtet worden. Mehr zu tun, ging nicht an; denn wenn wir aus einem Ort berichten, müssen wir es auch aus den anderen Orten tun, und das führt zu weit. Behandelt werden von uns alle Orte gleich, gleichviel, ob sie groß oder klein sind. Die Adresse des neuen Vorstehenden ist von uns leider übersehen worden; bitte, senden Sie dieselbe doch noch einmal ein.

Nach Taura. Karte ging erst am Mittwoch hier ein, als das Blatt schon gedruckt war.

Dörfler, L. Eine Konferenz für die Spinner ist bereits in Vorbereitung, womit sich wohl Ihre Einbindung erledigt hat. Alles Mitglied, Lobberich. Das ist Streikbruch.

Bekanntmachungen.

Zentralvorstand.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf dem Postaufweisungsabschnitt anzugeben. Jede Sendung muß mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein. Dasselbe wird hinsichtlich aller anderen Sendungen an den Vorstand wie auch an die Redaktion verlangt. Alles für diese Bestimmte muß auch von der übrigen Sendung getrennt gehalten sein. Der Vorstand.

Gauverwaltungen.

Gau Brandenburg. In folgenden Orten wird die Kollegin Auguste Wasse aus Bremen über das Thema: „Die Stellung der Frau im wirtschaftlichen Kampf“ sprechen:

- Sonnabend, den 1. Juni, in Bernau; Sonntag, den 2. Juni, in Fürstentum; Montag, den 3. Juni, in Lützenwalde; Dienstag, den 4. Juni, in Köpenick; Mittwoch, den 5. Juni, in Berlin; Donnerstag, den 6. Juni, in Himmelsburg; Freitag, den 7. Juni, in Charlottenburg; Sonnabend, den 8. Juni, in Bückeburg; Sonntag, den 9. Juni, in GutsMuth; Montag, den 10. Juni, in Kottbus; Dienstag, den 11. Juni, in Forst; Mittwoch, den 12. Juni, in Forst; Donnerstag, den 13. Juni, in Sora; Freitag, den 14. Juni, in Kottbus; Sonnabend, den 15. Juni, in Kottbus; Sonntag, den 16. Juni, in Guben; Montag, den 17. Juni, in Sommerfeld; Dienstag, den 18. Juni, in Sora; Mittwoch, den 19. Juni, in Sora; Donnerstag, den 20. Juni, in Kottbus; Freitag, den 21. Juni, in Kottbus; Sonnabend, den 22. Juni, in Spremberg; Sonntag, den 23. Juni, in Spremberg; Montag, den 24. Juni, in Spremberg; Dienstag, den 25. Juni, in Finsterwalde; Mittwoch, den 26. Juni, in Neudamm; Donnerstag, den 27. Juni, in Landsberg; Sonnabend, den 29. Juni, in Schwiebus; Sonntag, den 30. Juni, in Jülichau.

Die Lokale und der Beginn der Versammlungen werden von den einzelnen Ortsverwaltungen durch Sandzettel bekanntgegeben. Die Gauleitung.

Ortsverwaltungen.

Auerbach i. B. Kassierer ist jetzt Karl Seifert, Blumenstraße 7a. Derselbe zahlt Reise- und Krankenunterstützung aus. Forst i. L. Das Mitgliedsbuch Nr. 315 712, auf Paul Daffan, geb. 20. Mai 1858 zu Spremberg lautend, ist verloren gegangen. Bei seinem Aufsuchen ist es anzufinden und an Hermann Hoppe, Forst i. L., Lindenplatz 8, zu senden.

Frankfurt a. M. Der Wirter Leopold Kalsner wird gebeten, seinen Verpflichtungen der Filiale Frankfurt a. M. gegenüber sofort nachzukommen. Wer seine Adresse weiß, lasse sie gelangen an Rudolf Gellner, Frankfurt a. M., Maintal 16.

Lützenwalde. Die Ortsverwaltungen und Kollegen werden ersucht, die Adresse des Webers Paul Arthur Martin, St. Nr. 223 889, eingetr. 1. 1906 zu Glauchau i. S., an G. Köhler, Treuenbriegerstr. 6, mitzuteilen, da derselbe vergessen hat, hier „Abschied“ zu nehmen. Die Ortsverwaltung.

Nürnberg. Reiseunterstützung zahlt Gg. König, Breitegasse 25 I, von 12—1 und 6—7 Uhr aus. Herberge und Verkehrslokal ist der „Blaue Pfau“, Neue Gasse 42.

Offenbach a. M. Kassierer ist B. Gruber, ab 1. Juni Weichstraße 85, II. Kranken- und Reiseunterstützung zahlt derselbe zwischen 12—1 Uhr mittags aus.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

- Neugersdorf. Am 21. Mai Anna Seibt, 89 Jahre alt — Operation.
Varmen. Otto Breuer, 64 Jahre alt.
Berlin I. Am 25. Mai Ella Seile, 17 Jahre alt — Ohrenleiden.
Blauen i. B. Am 15. Mai Anton Roscher, 21 Jahre alt — Lungenerkrankung.
Schneeberg. Richard Rehm sen., Stader, in Bschorlau — Schlaganfall.
Nonneburg. Emil Diekmann, 67 Jahre alt — Schlaganfall.
Werdau. Olga Rehnis, 18 Jahre alt.
Oreiz. Am 20. Mai Ernestine Müdiger, 66 Jahre alt — Schlaganfall.

Ehre ihrem Andenken!

Streitfalltafel.

Notizen, die nicht für die nächste Woche neu eingesandt werden, finden keine Aufnahme mehr.)

Im Streit befinden sich bezw. sind ausgesperrt:

Textilarbeiter in:

Bischweiler (Gauß).

Kurbesitzer in:

Berlin (Rosenberg).

Mangel- und Appreturarbeiter in:

Reichenbach i. Schl. (Schneider).

Handbruder und -Druckerinnen in:

Oberhofau.

Handweber in:

Röln-Braunsfeld (Heinr. Zimmermann).

Spinnerelarbeiten in:

Mappoldtsweiler (Hl.) (Spinnererei Hofzer).

Spitzenweber in:

Grimma (Wirkigt u. Co.). — In

Blauen i. B. wollen die Kullweber in eine Lohnbewegung eintreten. Anfragen an Hugo Müdel, Gewerkschaftshaus. — In

Esingen fordern die Trikotweber eine Lohnerhöhung. — In

Großröhrsdorf fordern die Gummihandweber Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung. — In

Apolda, mechanische Weberei Hermann Borgmann, stehen die Weber in einer Lohnbewegung. Anfragen Max Ellinger, Jägerstraße 47, I. — In

Kassel bei der Firma Baumann u. Heberer sind ernsthafte Differenzen ausgebrochen. Zugang ist natürlich wie überall streng fernzuhalten. — In

Nachen (Wunneberg) fordern die Arbeiter eine 20prozentige Lohnerhöhung. — In

Friedland i. Schles. bei der Firma Zweig u. Co. stehen die Arbeiter in einer Bewegung. — In

Gera, Festschleiferei und -Weberei, sind die Arbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. — In

Hüttengrund (Weicherei von Joh. Koch) sind Lohnunterschiede entstanden. — In

Triebes (Zulespinnerei und -Weberei) wird Lohnerhöhung und früherer Schluß der Arbeitswoche gefordert. — In

Berlin haben die Rosamentierer noch ihrer Wiedereinstellung. — In

Grünberg (Schlesien) fordern die Arbeiter der Leppichfabrik von Stöder den Resturlaubtag und Lohnerhöhung. — In

Sagan (Schlesien) fordern die Spinner, Appreturarbeiter und Färber Lohnerhöhung. — In

Peterswalde (Schlesien) haben die Arbeiter der Firma Adam einen Lohnantrag eingereicht. — In

Mitteldorf (Sachsen) haben die Arbeiter der Firma Görner, Reinhold u. Drechsel die Kündigung eingereicht. — In

Mühlheim a. M. befinden sich Samtscherer und -Schererinnen in einer Lohnbewegung. — In

Mitteldorf bei Stollberg i. S. haben die Arbeiter der Firmen Karl Görner, Oskar Reinhold und Ernst Drechsel gekündigt. — In

Hüttengrund, Weicherei, sind Differenzen ausgebrochen. — In

Upatala streifen die Textilarbeiter. — In

Kurort (Schweben) führen die Textilarbeiter einen Kampf um das Koalitionsrecht.

Versammlungskalender.

- Meinburg. Sonnabend, 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Kronprinzen“ (Neue Welt).
Auerbach i. B. Sonnabend, 8. Juni, abends 9 Uhr, im „Bürgergarten“, Ringenthaferstraße.
Hugsbürg-Lothausen. Sonnabend, 8. Juni, in der „Weißen Hofe“.
Wedader. Sonntag, 9. Juni, nachmittags 6 Uhr, bei Rasper Festungshaus, im Silbertal.
Berlin. Jeden Freitag, abends von 7 bis 10 Uhr, bei Mansche, Blumenstraße 38: Jahltag.
Berlin. Zahlstelle: Mühlendörferstraße 18 bei Aug. Wittner.
Berlin. (Sektion der Debatoren.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 8 Uhr, bei Volkmann, Alte Jakobstraße 69: Jahltag.
Berlin. (Sektion der Sticker.) Jeden Freitag, abends von 8—10 Uhr bei Engel, Seebelsstraße 80: Jahltag.
Berlin. (Schiffen- und Handsticker.) Jeden Sonnabend, abends von 7—9 Uhr bei Mögler, Landsbergerstraße 116.

- Berlin. (Für Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends von halb 6 bis 8 Uhr, bei Hamann, Marchstraße 23: Jahltag.
Berlin. (Für Moabit.) Zahlstelle: Gohlisdorferstraße 24 bei Keil.
Berlin. (Sektion der Metzger.) Jeden Sonnabend, abends von halb 6 bis 7 Uhr, bei Kerger, Bienenstraße 81: Jahltag.
Berlin-Weihensee. Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Content, Leberstraße 5: Jahltag.
Bielefeld. Freitag, 7. Juni, abends 7 Uhr, bei Blome, Webereistraße.
Blombach. Sonntag, 9. Juni, nachmittags 5 Uhr, bei Hermann Gäger.
Bramsche. Sonntag, 2. Juni, nachmittags 5 Uhr, bei Georg Surendorf.
Coesfeld. Sonnabend (Samstag), 8. Juni, abends 8 Uhr, bei Grote, Kupferstraße.
Düsseldorf. Sonnabend (Samstag), 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Bergerstraße.
Eisenberg. Sonnabend, 8. Juni.
Fürstentum. Sonntag, 2. Juni, vormittags (nicht abends, wie in letzter Nummer falsch angegeben war) 9 Uhr, im „Schloßkeller“.
Göhring. Sonnabend, 8. Juni, abends 9 Uhr, im „Deutschen Haus“.
Gausen u. Zell. Sonnabend (Samstag), 8. Juni, abends 8 Uhr, in der „Krone“ in Gausen.
Gerford. Montag, 10. Juni, abends 7 1/2 Uhr, bei Fuhrmann, Wöbenstraße.
Lambrecht. Sonnabend, 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Schloffer.
Langensalza. Sonnabend, 8. Juni.
Leisnig. Sonnabend, 8. Juni, bei Heide: (Neue Sorge).
Miegnitz. Sonnabend, 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Hinterbleiche.
München. Sonnabend (Samstag), 8. Juni, abends 8 Uhr, im Restaurant „Dall'irui“.
M.-Glabbach. Sonnabend (Samstag), 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Ebergh.
Mühlhausen i. Th. Sonnabend, 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Thüringer Hof“.
Niederhämmele. Jeden Sonnabend von nachmittags 5 Uhr ab bei Fuhrmann, Grünauerstr. 5: Jahltag.
Nordhorn. Jeden Sonnabend abends von 8 Uhr ab bei Sternberg: Jahltag.
Nürnberg. Sonnabend (Samstag), 8. Juni, abends 8 Uhr, im „Blauen Pfau“, Neugasse.
Oberlungwitz. Sonntag, 9. Juni, abends 6 Uhr, im „Kasino“.
Oberhofau. Sonnabend (Samstag), 8. Juni, bei Diebig.
Deberan. Sonntag, 9. Juni, abends 8 Uhr, in der „Erholung“: Jahltag.
Blauen i. B. (Schiffsticker.) Dienstag, 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Schillergarten“.
Kosweitz. (Eingelmitglieder.) Sonnabend, 8. Juni, abends 8 Uhr, im Adler.
Sommerfeld. Montag, 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Kurfürstensaal“.
Stralau-Kummelsburg. Jeden Freitag abends 9 Uhr bei Kümpler, Stralauer Allee 20a: Jahltag.
Treuen i. B. Sonnabend, 8. Juni.
Triebes. Sonnabend, 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Thüringer Hof“.
Borf i. Krefeld. Sonntag, 9. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Oeffermann, Anrathstraße.
Walldorf-Kollnau. Sonnabend (Samstag), 22. Juni, abends 8 Uhr, in der „Gambriushalle“ in Kollnau.
Wermelskirchen. Sonntag, 9. Juni, nachmittags 5 Uhr, bei Otto Hof, Telegraphenstraße.
Wittenberge. Sonntag, 9. Juni, nachmittags 8 1/2 Uhr, bei Hermann Zahn, Steinstraße.
Zeitz. Sonnabend, 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Felsenkeller“, Fabrikstraße.
Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

ANZEIGEN
(Rostenbetrag ist im Voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Achtung! Cöpenick. Achtung!
Dienstag, den 4. Juni 1907, im Wilhelmstagen (Scheer)
Öffentliche Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung
Tagesordnung: 1. Vortrag der Kollegin Auguste Wasse aus Bremen über: „Die Textilarbeiter und Arbeiterinnen und ihre wirtschaftliche Lage.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Deutscher Textilarbeiter-Verband, Zahlstelle Reichenau
Sonntag, den 9. Juni 1907:
Sommer-Vergnügen in der „Waldschenke“.
Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, an diesem Ausflug recht zahlreich teilzunehmen; der Abmarsch von hier erfolgt nachmittags 1/3 Uhr.
Alles Nähere durch die Unterkassierer.
Hierzu ladet die Mitglieder freundschaftlich ein
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Zahlstelle Plauen. Achtung!
Am Sonnabend, den 8. Juni 1907, im Gewerkschaftshaus „Schillergarten“ Sangkränzchen bei Karl Beseftem Orchester. — Eintritt 15 Pf., Anfang 1/2 Uhr. Nur für Mitglieder und deren Angehörige. Mitgliedsbuch legitimiert.
D. S.

Glückwunsch!
(Unliebsam verspätet.)
Die Einzelmitgliedenschaft des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes in Mühlhausen wünscht dem Kollegen Klingler in seinem neuen Tätigkeitsgebiete die besten Erfolge. J. A. Hermann Vogel.

Für eine kleine Kammer-Spinneret wird zum baldigen Antritt ein tüchtiger Spinnmeister gesucht und sind Offerten unter K. 25 an die Expedition dieses Blattes zu richten.

Beschwerden über Redaktion und Expedition sind an G. Wasse, Berlin N., Spinnerei-Str. 31 III, zu richten.

Redaktionschluss für die nächste Nummer: Montag, den 3. Juni.

Verlag: Carl Köhler. — Verantwortlich für die Redaktion: Paul Wagner. — Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Schilling in Berlin.